



GRENZENLOS

JAHRESBERICHT 2021

CHINAS MEDIENSTRATEGIE

Peking unterwirft die ehemalige Pressefreiheits-Bastion Hongkong und will weltweite mediale Dominanz

AGGRESSIONEN UND GEWALT

In Deutschland werden so viele Journalisten angegriffen wie noch nie – wie unser Schutzkodex helfen kann

FLUCHT VOR DEN TALIBAN

Unsere größte Rettungsaktion: Wir brachten 150 afghanische Medienschaffende in Sicherheit



DAMIT UNGEGEHEHENES ERHÖRT WIRD.

**PRESSEFREIHEIT GRENZENLOS -
DER PODCAST VON REPORTER OHNE GRENZEN**

Begegnungen mit Journalist*innen weltweit - jeden Monat neu

Die belarussische Fotografin Violetta Savchits begleitete die Massenproteste gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Alexander Lukaschenko von Beginn an. Im Podcast spricht sie über die Macht der Bilder und die bedrohliche Lage für die Menschen in Belarus. Angesichts der sich zuspitzenden Lage musste sie das Land kurz nach der Podcastaufnahme verlassen. © Violetta Savchits



Jetzt überall hören, wo es Podcasts gibt oder unter:
www.reporter-ohne-grenzen.de/podcast

RF **REPORTER
OHNE GRENZEN**



Liebe Freundinnen und Freunde der Pressefreiheit,

als im Sommer die USA und ihre Verbündeten, also auch Deutschland, überstürzt ihre Truppen aus Afghanistan abzogen und damit das Land den Taliban überließen, lösten sie damit nicht nur eine humanitäre Katastrophe im gesamten Land aus. Sie brachten auch afghanische Journalistinnen und Journalisten in besondere Gefahr. Denn diese waren durch ihre Arbeit zu Hauptgegnerinnen und -gegnern der Taliban geworden. Sie mussten um ihr Leben fürchten, und die Alliierten hatten es ganz offensichtlich versäumt, Pläne dafür zu machen, sie aus dieser Gefahr zu retten.

Im Sommer 2021 dauerte aber auch die Corona-Pandemie bereits eineinhalb Jahre an, und sie hatte das Team von Reporter ohne Grenzen vor extreme Herausforderungen gestellt. Zum einen, weil Desinformation und Verschwörungserzählungen, dauerhafte Hetze gegen vermeintlich gleichgeschaltete Medien und auch tätliche Angriffe auf Reporterinnen und Reporter in Deutschland ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß erreicht hatten. Zum anderen, weil die Pandemie interne Belastungen für das Team mit sich brachte, die angesichts der äußeren zu schnell in Vergessenheit geraten: Eine Organisation mit mehr als 30 Mitarbeitenden ins Homeoffice umzuziehen und dafür zu sorgen, dass sie dennoch so schnell und schlagkräftig arbeiten kann, wie es unvorhersehbare Situationen erfordern, war eine Herkulesaufgabe.

Wie gut das Team sie gemeistert hatte, zeigte sich an der Hilfe für die afghanischen Kolleginnen und Kollegen. Fast 150 Medienschaffende und ihre Familienangehörigen, insgesamt knapp 500 Menschen, konnten bis Ende des Jahres in Sicherheit gebracht werden, indem das Nothilfeteam gemeinsam mit Partnern Reiserouten erkundete und Tickets bezahlte, Visa und Unterkünfte besorgte – und das alles in unzähligen E-Mails, Anrufen und Chat-Nachrichten mit den Betroffenen abstimmte. Aber auch, indem wir in Verhandlungen und durch politischen Druck erreichten, dass die Bundesregierung zusagte, diese Journalistinnen und Journalisten in Deutschland aufzunehmen.

All das wird jedoch leider nichts daran ändern, dass es in Afghanistan auf absehbare Zeit keine Pressefreiheit geben wird und dass Journalistinnen und Journalisten, die versuchen, wahrheitsgemäß und kritisch zu berichten, ihr Leben riskieren. Das ist besonders wichtig zu betonen in einem Moment, in dem wir über unsere Arbeit im Jahr 2021 berichten wollen und zugleich alles im Schatten des russischen Angriffs auf die Ukraine steht. Eines Angriffs, der die Ordnung Europas und der Welt bereits jetzt unwiderruflich verändert hat und zahlreiche Herausforderungen für die Pressefreiheit mit sich bringt.

Diesen Herausforderungen werden wir uns stellen müssen. Aber wir dürfen und werden darüber diejenigen nicht vergessen, die unsere Unterstützung weiterhin und ebenso dringend benötigen – ob in Afghanistan, Syrien, Vietnam, Kuba, Eritrea oder anderswo auf der Welt.

Wir danken Euch und Ihnen dafür, diese Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und Spenden zu ermöglichen.

Im Namen des Vorstands von Reporter ohne Grenzen, herzlich

Matthias Spielkamp

*Eine Wandmalerei in Merida, Mexiko, zeigt wichtige Arbeitskräfte während der Corona-Pandemie, darunter auch Journalistinnen.
© picture alliance / NurPhoto / Artur Widak*

| INHALT |

Vorwort des Vorstands	3
Reporter ohne Grenzen international	6
Jahresbilanz 2021	7
Das Jahr 2021 bei RSF	8
Zwei Jahrzehnte Rückgang der Pressefreiheit	9
Die größte Rettungsaktion unserer Geschichte	10
Von Krieg darf keine Rede sein	12
Unsere Antwort auf die Gewalt	14
Nothilfe und Stipendien	16
Vom Digital Helpdesk zum Digital Security Lab	18
Defending Voices	19
Das Smartphone als Waffe	20
Alle Augen auf Gerechtigkeit	21
Pressearbeit	22
Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen	23
Fotos für die Pressefreiheit	24
Spenden/Shoppen für die Pressefreiheit	25
Jahresabschluss	26
Danke	29
Verein und Geschäftsstelle	30

| KURZ NOTIERT: PRESSEFREIHEIT GRENZENLOS |

Korruption in Malta, Trollarmeen in Guatemala, niedergeschlagene Proteste in Belarus – das Unrecht der Welt wird erst sichtbar, wenn Medienschaffende darüber berichten. Diese Menschen stehen im Fokus unseres Podcasts »Pressefreiheit grenzenlos«, den wir zum Welttag der Pressefreiheit am 3. Mai 2021 starteten: Was bringt die Journalistinnen und Journalisten dazu, ihr Leben aufs Spiel zu setzen und sich in den Dienst der Gesellschaft zu stellen? Welchen Gefahren sind sie aufgrund ihrer Arbeit ausgesetzt? Und wie kann es gelingen, dass sie frei berichten können? Alle Folgen sind unter www.reporter-ohne-grenzen.de/podcast nachzuhören.



Die größte Rettungsaktion unserer Geschichte _ Nach dem Fall Kabuls holten wir 150 bedrohte Medienschaffende mit Familien nach Deutschland. Mehr als 230 Medien stellten in Afghanistan die Arbeit ein – der Fernsehsender TOLO News macht weiter. S. 10 © picture alliance / Associated Press / Hussein Malla



Nothilfe und Stipendien _ 2021 beendeten wir unsere im Vorjahr begonnene Evakuierungsmission aus Idlib, Syrien: Zwölf Journalistinnen, Journalisten und ihren Familien unterstützten wir bei der Ausreise und bei der Ankunft in Deutschland. S. 16 © RSF

| KURZ NOTIERT: MYANMAR |

Nach dem Militärputsch vom 1. Februar 2021 wurde die Lage der Pressefreiheit in Myanmar in wenigen Monaten um zehn Jahre zurückgeworfen. 115 Medienschaffende wurden in den folgenden zwölf Monaten willkürlich festgenommen, drei wurden getötet, zahlreiche verletzt. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2022 stürzte Myanmar um 36 Plätze ab und steht nun auf Platz 176 von 180 Ländern. In einer politischen Kampagne forderten wir 15 Unternehmen auf, alle Aktivitäten einzustellen, die die myanmarische Junta direkt oder indirekt unterstützen. Mehrere von ihnen, darunter TotalEnergies, Chevron, Voltaia, Telenor und Ericsson kündigten schließlich an, sich in naher Zukunft aus Myanmar zurückzuziehen.



Von Krieg darf keine Rede sein _ Die Pressefreiheit wird in Russland seit Beginn des Ukrainekriegs so stark unterdrückt wie seit der Zeit der Sowjetunion nicht mehr. Wir unterstützen regimekritische Medien. S. 12 © picture alliance / Associated Press / Denis Kaminev



Alle Augen auf Gerechtigkeit _ Prozessbeobachtung ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit, ob in der Türkei beim Verfahren unseres Kollegen Erol Önderoğlu und im Khashoggi-Prozess oder in Großbritannien beim Assange-Auslieferungsverfahren. S. 21 © picture alliance / AA / Esra Bilgin

! KURZ NOTIERT: MALTA !



Knapp vier Jahre nach dem Mord an der Journalistin Daphne Caruana Galizia in Malta erschien im Juli 2021 der Abschlussbericht einer öffentlichen Untersuchung des Falls: Die Kommission gab dem Staat eine klare Mitschuld. RSF setzte sich dafür ein, dass ihre Empfehlungen rasch umgesetzt werden. Caroline Muscat (im Bild, © RSF), eine enge Freundin Galizias, führt ihre Recherchen fort, um ein Signal auszusenden: Selbst wenn man eine Journalistin tötet, werden ihre Geschichten nicht verstummen. Doch an der vergifteten Atmosphäre in Malta hat sich nichts geändert. Muscat kam im Herbst 2021 auf Einladung von RSF nach Berlin, um eine Auszeit vom ständigen Klima des Hasses zu nehmen. In einem Pressegespräch und in unserem Podcast erzählte sie von ihrer Arbeit.



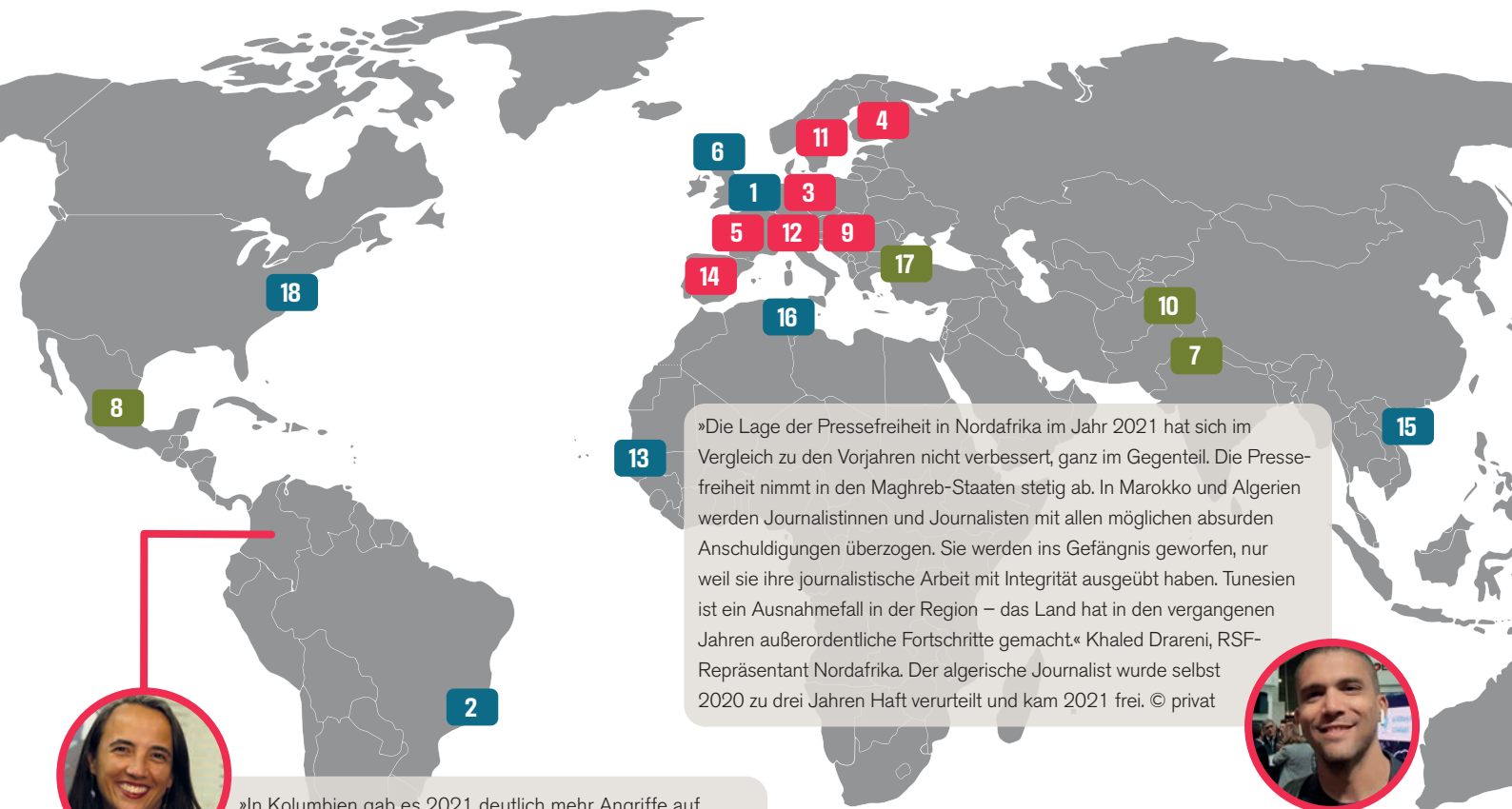
Fundraising _ Mit unserer Soulbottle setzen Sie sich nicht nur für unsere Menschenrechtsarbeit ein, sondern auch für plastikfreie Meere und faire Arbeitsbedingungen. Unser Online-Shop ist ein wichtiger Baustein, um unseren Kampf für die Pressefreiheit zu finanzieren. S. 25 © RSF

! IMPRESSUM !

Herausgeber:
Reporter ohne Grenzen e. V.
 Postfach 304108, 10785 Berlin
 Fon: 030 609 895 33 – 0
 Fax: 030 202 15 10 – 29
 kontakt@reporter-ohne-grenzen.de
 www.reporter-ohne-grenzen.de

Verantwortlich: Christian Mihr (Geschäftsführer)
 Konzeption: Sylvie Ahrens-Urbaneck, Juliane Matthey, Jennifer Braunschweig
 Koordination und Textredaktion: Juliane Matthey
 Texte: Sylvie Ahrens-Urbaneck, Nube Álvarez, Daniela Dibelius, Lisa Dittmer, Ulrike Gruska, Katja Heinemann, Lisa Kretschmer, Lotte Laloire, Juliane Matthey, Christian Mihr, Maik Thieme
 Gestaltung: Anna-Maria Roch
 Druck: Pinguin Druck GmbH – Der Umwelt zuliebe lässt Reporter ohne Grenzen seinen Jahresbericht auf Naturpapier drucken.

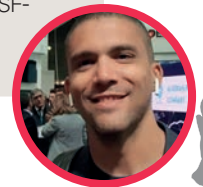
Titelbild: Im Juni 2021 trugen wir symbolisch die Hongkonger Zeitung Apple Daily zu Grabe, die kurz zuvor auf Druck Pekings ihr Erscheinen einstellen musste. © RSF



»Die Lage der Pressefreiheit in Nordafrika im Jahr 2021 hat sich im Vergleich zu den Vorjahren nicht verbessert, ganz im Gegenteil. Die Pressefreiheit nimmt in den Maghreb-Staaten stetig ab. In Marokko und Algerien werden Journalistinnen und Journalisten mit allen möglichen absurden Anschuldigungen überzogen. Sie werden ins Gefängnis geworfen, nur weil sie ihre journalistische Arbeit mit Integrität ausgeübt haben. Tunesien ist ein Ausnahmefall in der Region – das Land hat in den vergangenen Jahren außerordentliche Fortschritte gemacht.« Khaled Drareni, RSF-Repräsentant Nordafrika. Der algerische Journalist wurde selbst 2020 zu drei Jahren Haft verurteilt und kam 2021 frei. © privat



»In Kolumbien gab es 2021 deutlich mehr Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten durch Demonstrierende, die die Präsenz von Medien bei den landesweiten Protesten des Jahres ablehnten. Eine Folge der Polarisierung der vergangenen Jahre – Umfragen zufolge haben die Medien an Vertrauen in der Gesellschaft verloren. Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte wurden vor allem über die sozialen Netzwerke bekanntgemacht. Das Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts brachte außerdem Fälle von Gewalt in ländlichen Regionen mit sich, unter anderem aus korrupten Netzwerken, die mit dem Drogenhandel zu tun haben.«
Fabiola Leon Posada, RSF-Korrespondentin Kolumbien © privat



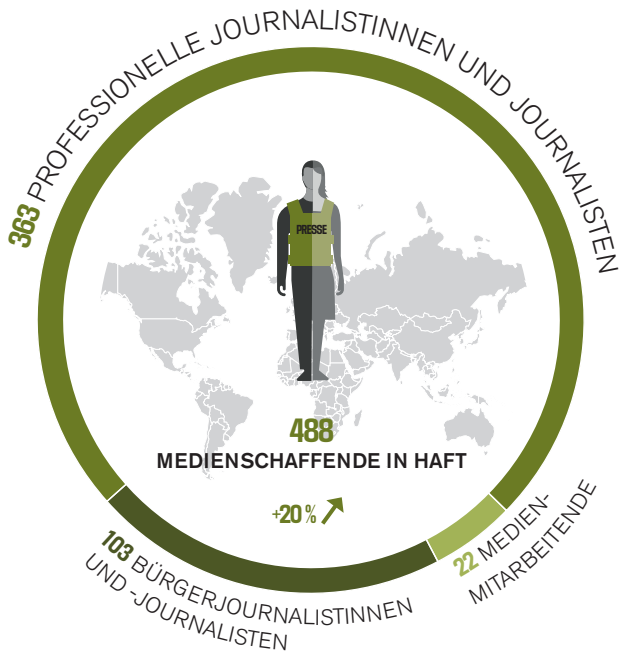
Übersicht der Sektionen, Büros und Repräsentanzen weltweit

(Stand: Juni 2022)

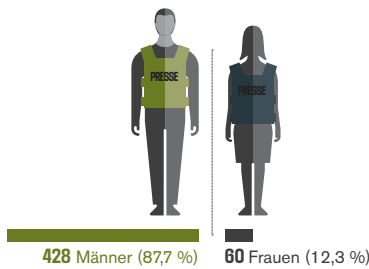
- 1 Belgien: Büro | Brüssel
- 2 Brasilien: Büro | Rio de Janeiro
- 3 Deutschland: Sektion | Berlin
- 4 Finnland: Finnische Sektion | Helsinki
- 5 Frankreich: Internationales Sekretariat und französische Sektion | Paris
- 6 Großbritannien: Büro | London
- 7 Indien: Repräsentantin | New Delhi
- 8 Mexiko: Repräsentantin | Mexiko City
- 9 Österreich: Sektion | Wien
- 10 Pakistan: Repräsentant | Islamabad
- 11 Schweden: Sektion | Stockholm
- 12 Schweiz: Sektion | Genf/Zürich
- 13 Senegal: Büro | Dakar
- 14 Spanien: Sektion | Madrid
- 15 Taiwan: Büro | Taipeh
- 16 Tunesien: Büro | Tunis
- 17 Türkei: Repräsentant | Istanbul
- 18 USA: Büro | Washington, D. C.

Zusätzlich arbeiten rund 130 Korrespondentinnen und Korrespondenten von Reporter ohne Grenzen in vielen Ländern der Welt.

JAHRESBILANZ DER PRESSEFREIHEIT 2021

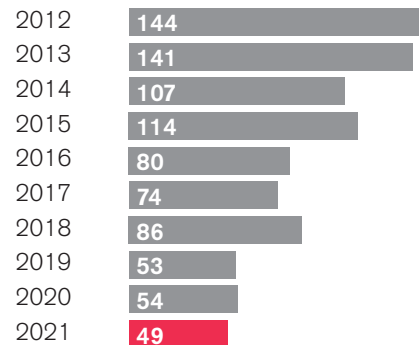


Mit 127 inhaftierten Medienschaffenden (Anstieg von 117 im Vorjahr) blieb China das größte Gefängnis der Welt für Journalistinnen und Journalisten. Es folgten Myanmar (Anstieg von 3 auf 53), Vietnam (Anstieg von 28 auf 43), Belarus (Anstieg von 7 auf 32) und Saudi-Arabien (Rückgang von 34 auf 31).



Zum Stichtag 1. Dezember 2021 verzeichneten wir 488 Medienschaffende im Gefängnis – 20 Prozent mehr als im Vorjahr und so viele wie noch nie. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf drei Länder zurückzuführen, deren Regierungen den Wunsch ihrer Bürgerinnen und Bürger nach Demokratie gewaltsam unterdrücken: Myanmar, wo sich das Militär am 1. Februar 2021 zurück an die Macht putschte; Belarus, wo die umstrittene Wiederwahl Alexander Lukaschenkos zum Präsidenten im August 2020 Proteste auslöste; und China. Die Sonderverwaltungszone Hongkong war einst eine Bastion der Pressefreiheit. Doch ein von Peking 2020 verabschiedetes »Sicherheitsgesetz« diente dort als Vorwand für die Festnahme und Inhaftierung von mindestens zehn Medienschaffenden.

Mindestens 902 Medienschaffende wurden in den vergangenen 10 Jahren getötet*



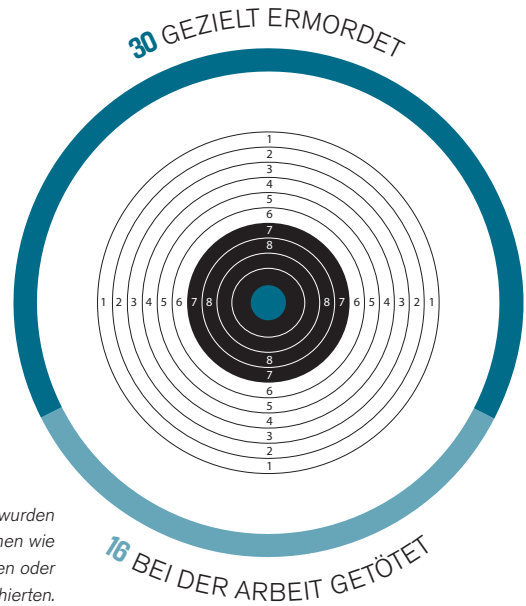
*inklusive nach Ablauf des jeweiligen Jahres bestätigte Fälle

Der Anteil der inhaftierten Journalistinnen ist in den vergangenen fünf Jahren gewachsen: Am 1. Dezember 2021 verzeichneten wir 60 weibliche Medienschaffende im Gefängnis, so viele wie noch nie.





Mindestens 46 Journalistinnen, Journalisten und andere Medienschaffende wurden weltweit zwischen dem 1. Januar und dem 1. Dezember des Jahres in direktem Zusammenhang mit ihrer Arbeit getötet.



Die meisten Medienschaffenden wurden gezielt ermordet, weil sie zu Themen wie Korruption, organisiertem Verbrechen oder Umweltzerstörung recherchierten.

! DAS JAHR 2021 BEI RSF |

Nie zuvor haben so viele Spenderinnen, Spender und Mitglieder die Arbeit von Reporter ohne Grenzen unterstützt wie im Jahr 2021. Für dieses Vertrauen sind wir dankbar. Denn gleichzeitig hat uns das Jahr 2021 mit der Evakuierung von knapp 500 Menschen aus Afghanistan auf eine in dieser Dimension bislang unbekannte Art und Weise herausgefordert und insbesondere unser Nothilfe-Team an seine Grenzen gebracht. Die Unterstützung unserer Spenderinnen, Spender und Mitglieder hat es uns in dieser Krise ermöglicht, flexibel zu reagieren und so viele afghanische Journalistinnen und Journalisten wie möglich zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund freue ich mich, dass das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen, DZI, Reporter ohne Grenzen einmal mehr sein Spendensiegel verliehen und so einen sparsamen und vertrauenswürdigen Umgang mit Spenden bestätigt hat.

Das Jahr 2021 hat aber an mehreren Stellen auch bewiesen, dass sich beim Einsatz für weltweite Pressefreiheit am Ende ein langer Atem auszahlt. So gab es im Juni 2021 in dem von uns unterstützten Gerichtsprozess um den Mord an dem mexikanischen Journalisten Javier Valdez vier Jahre nach der Tat einen Schuldspruch. Im März 2021 wurde im Fall unseres 2004 in Gambia ermordeten Kollegen und Gambia-Korrespondenten Deyda Hyndara ein Verdächtiger in Hannover

verhaftet. Aufgrund des ihm vorgeworfenen, in Gambia begangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit droht ihm in Deutschland eine lebenslange Haftstrafe. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat indes im Januar 2021 eine schon 2017 von uns eingereichte Beschwerde gegen die anlasslose Massenüberwachung des Bundesnachrichtendienstes angenommen – nur zwei Prozent aller Beschwerden an den EGMR nehmen überhaupt diese Hürde.

Schon seit 2014 herrscht Krieg im Osten der Ukraine. Mit dem Angriffskrieg Putins gegen das ganze Land begann im Februar 2022 eine weitere Repressionswelle in Russland. Sie war auch deshalb möglich, weil das Regime von Präsident Putin in den Jahren zuvor mit zahlreichen Gesetzen die Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt hat – wie wir schon im September 2021 in einem Bericht zu Internetzensur und Überwachung in Russland dargestellt haben.



© Julie Haisinger

Damit wir weiter Medienschaffenden in Russland oder Afghanistan, der Ukraine oder Mexiko oder im Exil helfen können, unterstützen Sie uns bitte auch in Zukunft bei unserem weltweiten Einsatz für Pressefreiheit! Herzlichen Dank.

Christian Mihr, Geschäftsführer

ZWEI JAHRZEHNTE RÜCKGANG DER PRESSEFREIHEIT

Eine einstige Bastion der Pressefreiheit in Ostasien fällt: Die chinesische Regierung hat nicht nur ihre eigenen Medien im Würgegriff ideologischer Kontrolle, sondern attackiert auch die Pressefreiheit in der Sonderverwaltungszone Hongkong.

In den frühen Morgenstunden des 17. Juni 2021 umstellten 500 Polizeibeamtinnen und -beamte den Hauptsitz der Next Media Group. Auf Anweisung Pekings stürmte die Polizei die Redaktion der beliebten Zeitung Apple Daily und beschlagnahmte Computer, Telefone und andere Geräte. Parallel dazu verhaftete die Polizei die wichtigsten Führungskräfte der Zeitung in ihren Wohnungen. Am Nachmittag gab die Regierung bekannt, dass das Vermögen der Muttergesellschaft eingefroren werde. Kurz darauf muss das Medium schließen.

Trauermarsch für Apple Daily

Eine Woche später, am 24. Juni, veröffentlichte Apple Daily seine letzte Ausgabe und erreichte eine Rekordauflage. Menschen standen die ganze Nacht vor Zeitungskiosken Schlange, um ihre Solidarität mit der 26 Jahre alten Zeitung zu bekunden, die zu einem Symbol der Pressefreiheit in der ehemaligen britischen Kolonie geworden ist. In Berlin und Paris fanden vor den chinesischen Botschaften Trauerzüge statt: Reporter ohne Grenzen trug Apple Daily – und damit einen wichtigen Teil der Pressefreiheit in Hongkong – symbolisch zu Grabe.

Ein Vierteljahrhundert nach der Übergabe Hongkongs an die Volksrepublik China ist die Pressefreiheit so bedroht wie nie zuvor. Innerhalb einer Generation stürzte Hongkong auf der Rangliste der Pressefreiheit von Platz 18 bei der ersten Ausgabe der Liste im Jahr 2002 auf Platz 148 im Jahr 2022 ab. In diesem Zeitraum hat Peking nach und nach die Kontrolle über die chinesischsprachigen Medien in Hongkong übernommen und gleichzeitig ein System errichtet, um über Werbekunden indirekt Druck auf andere Medien auszuüben.

Journalisten bei Olympia drangsaliert

Obwohl die Augen der Welt während der Olympischen Spiele auf China gerichtet waren, verschlechterte sich hier weiter die Situation für Journalistinnen, auch für Auslandskorrespondenten. Mit dem Hinweis auf die Corona-Pandemie erteilten Behörden Visa mit Verzögerungen, untersagten Reportagereisen oder wiesen Interviewanfragen zurück. Medienschaffende berichteten von Überwachung, Einschüchterung und Belästigung.



Eine Sicherheitskraft will Journalistinnen und Journalisten davon abhalten, Fotos vom Virologie-Institut in Wuhan-China zu machen. © picture alliance / Associated Press / Ng Han Guan

Kritische Kooperationen mit chinesischen Staatsmedien

Um Informationen auch jenseits der eigenen Landesgrenzen zu kontrollieren, strebt das chinesische Regime zudem nach weltweiter medialer Dominanz. Auch in Deutschland gibt es Beispiele dafür, wie die chinesische Führung versucht, die Medienberichterstattung im eigenen Sinne zu beeinflussen – etwa durch die Zusammenarbeit deutscher und chinesischer Medien und Institutionen, gemeinsame Sendungen oder China-freundliche Beilagen in Zeitungen.

Vor diesem Hintergrund veröffentlichte RSF ein Handbuch mit Empfehlungen, unter welchen Bedingungen Kooperationen mit chinesischen (Staats-) Medien für deutsche Journalistinnen, Journalisten und Medienhäuser empfehlenswert sind. Es soll Redaktionen eine Orientierung bieten, wenn sich Möglichkeiten für Kooperationen ergeben, und generell das Bewusstsein für Pekings internationale Medienstrategie und Narrative schärfen.



DIE GRÖSSTE RETTUNGSAKTION UNSERER GESCHICHTE

Nach dem Fall Kabuls wurden wir von einer Welle von Hilferufen überrollt. In einer nie dagewesenen Kraftanstrengung konnten wir gut 150 bedrohte Medienschaffende und ihre Familien in Sicherheit bringen.

Seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 bestimmen die dramatischen Entwicklungen in Afghanistan sowie die gefährliche Lage für afghanische Medienschaffende unsere Arbeit. Die Nothilfe wurde vor eine riesige Herausforderung gestellt: Es erreichten uns alleine 2021 mehr als 15.000 Anfragen. Das Referat Advocacy ist ständig im Kontakt mit politischen Akteuren und setzt sich auf allen Ebenen für die erneute Aufnahme von bedrohten Journalisten und Journalistinnen aus Afghanistan ein.

Bereits vor dem Fall von Kabul am 15. August 2021 nahm Afghanistan auf unserer Rangliste der Pressefreiheit nur Platz 122 von 180 ein. Seit der Machtübernahme der Taliban hat sich die Lage für Medienschaffende dramatisch verschlechtert. So mussten bis Ende des Jahres 231 Medien schließen, mehr als 6.400 Medienschaffende verloren ihren Job. Am stärksten betroffen sind Frauen: Vier von fünf Journalistinnen arbeiten nicht weiter in ihrem Beruf. Im Fernsehen dürfen sie nur noch vollverschleiert auftreten. Drohungen, Vorladungen zu Verhören,

willkürliche Verhaftungen und Misshandlungen sind an der Tagesordnung und dienen der gezielten Unterdrückung der Presse- und Informationsfreiheit.

Uns bei Reporter ohne Grenzen Deutschland erreichten allein im Jahr 2021 mehr als 15.000 Anfragen von verzweifelten Menschen: von Journalistinnen und Journalisten, von ihren Verwandten und Kolleginnen in Deutschland, aber auch von anderen Menschenrechtsverteidigern, die Schutz in Deutschland suchten und beim Evakuierungsprozess aus Afghanistan unterstützt werden wollten. Im Zuge dessen wurde das Nothilfe-Referat um mehrere afghanische Mitarbeitende erweitert, deren Expertise in der afghanischen Medienlandschaft eine wichtige Stütze dabei ist, die Angaben der Schutzsuchenden zu verifizieren und ihnen bei der Ausreise zu helfen.

In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der Kabul Luftbrücke, sowie in enger Abstimmung mit Bundes- und Landesbehörden sowie Auslandsvertretungen haben wir es geschafft, dass ein Dreivierteljahr nach



Seite 10: Kameramänner in Kabul.
© picture alliance / Associated Press / Hussein Malla

Der afghanische Journalist Neamatullah Naqdi wurde im September 2021 zusammen mit einem Kollegen von den Taliban festgenommen und misshandelt. © picture alliance / Associated Press / Bernat Armangue



Die Schwestern Zainab und Raihana Farahmand sind beide Journalistinnen. Mit der Hilfe von RSF flüchteten sie vor den Taliban nach Deutschland. © RSF



Mitte August 2021 begrüßten wir Saad Mohseni, Gründer von MOBY-Group und TOLONews, in Berlin. Er sagte damals schon einen schnellen Vormarsch der Taliban voraus. © RSF

dem Fall von Kabul die aktive Evakuierungsphase fast abgeschlossen ist: Mehr als 90 Prozent der von uns betreuten Medienschaffenden inklusive ihrer Familien sind in Deutschland angekommen. Insgesamt können wir fast 600 Personen die Einreise nach Deutschland ermöglichen.

Uns erreichen aber weiterhin täglich Hilferufe aus Afghanistan von Journalistinnen und Journalisten, die aufgrund ihrer Arbeit bedroht sind, verhaftet und misshandelt wurden oder sich versteckt halten müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung in Verhandlungen mit den Taliban und in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft zum einen auf den Schutz von Medienschaffenden vor Ort pocht, und zum anderen dafür sorgt, dass bedrohte Medienschaffende in Sicherheit gelangen können.

Entsprechend fordern wir, dass Deutschland weiter humanitäre Aufnahmen zulässt – sowohl in Einzelfällen bei andauernden dringenden Gefährdungslagen als auch über gezielte Bundes- und Landesaufnahmeprogramme. Das sollte auch für Journalistinnen und Journalisten gelten, die es nicht bis zum 31. August 2021 auf die sogenannte Menschenrechtsliste der Bundesregierung geschafft haben und deshalb bis heute keine Aufnahmezusage erhalten konnten, obwohl sie nach wie vor extrem gefährdet sind. Um das zu ändern, stehen wir weiter mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren im engen Austausch mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium.

Viele der Medienschaffenden aus Afghanistan suchen hier in Deutschland nach einer Möglichkeit, weiter journalistisch tätig zu sein, oder fragen sich, welche anderen Möglichkeiten es für sie geben kann – von Studium über Stipendien bis hin zu Weiterbildungen. Die Ankunft in Unterkünften, die im gesamten Bundesgebiet verstreut sind, verunsichert, birgt Komplikationen und führt nicht selten zu Frustration: Der Spracherwerb ist langwierig, auf das Jobcenter angewiesen zu sein wird als unwürdig empfunden, bezahlte Praktika oder gar Stellenangebote scheinen in ferner Zukunft zu liegen.

Um die Bedürfnisse der afghanischen Journalistinnen und Journalisten hier in Deutschland zu erfassen und eine Möglichkeit des Ankommens und der Teilhabe zu schaffen, haben wir gemeinsam mit der TAZ Panter Stiftung eine Umfrage konzipiert. Sie soll klären, wie die Medienschaffenden beim beruflichen Fußfassen nachhaltig unterstützt werden können. Dieser wird seit Anfang des Jahres 2022 verschickt und ausgewertet. Ein regelmäßiger Online-Jour-Fixe wird begleitend dazu dienen, im Austausch zu beruflichen, integrativen, sozial- und aufenthaltsrechtlichen Fragen zu bleiben und eine Vernetzung mit unterstützenden Organisationen voranzutreiben.

Insgesamt kostete uns die Hilfe für afghanische Medienschaffende im vergangenen Jahr 103.000 Euro. Einen großen Teil davon verdanken wir der großzügigen Unterstützung durch zahlreiche Einzelspenden.

! VON KRIEG DARF KEINE REDE SEIN !

Die Pressefreiheit wird in Russland so stark unterdrückt wie seit dem Ende der Sowjetunion nicht mehr. Wir unterstützen regimekritische Medien.



Dmitri Muratow, Chefredakteur der Nowaja Gaseta, kurz nach der Bekanntgabe, dass er gemeinsam mit der philippinischen Journalistin Maria Ressa den Friedensnobelpreis erhält. © picture alliance / Associated Press / Alexander Zemlianichenko

Es war das Aus für unabhängige Medien in Russland: Am 28. März 2022 stellte die Nowaja Gaseta, seit dem Ende der Sowjetunion Flaggschiff des kremlkritischen Journalismus, ihre Arbeit ein – zumindest für die Dauer der »Spezialoperation« in der Ukraine. Unter Wladimir Putin darf das, was russische Truppen im Nachbarland führen, nicht Krieg genannt werden.

Wenige Monate zuvor, im Oktober 2021, hatte Nowaja-Gaseta-Chefredakteur Dmitri Muratow den Friedensnobelpreis erhalten. Er widmete den Preis den Kolleginnen und Kollegen seiner Zeitung, die wegen ihrer Arbeit ermordet wurden – etwa Anna Politkowskaja, die die Verbrechen der russischen Armee in Tschetschenien dokumentierte und an deren 15. Todestag wir am 7. Oktober 2021 mit einer Mahnwache vor der russischen Botschaft in Berlin erinnerten.

Im Update unseres Länderberichts »Alles unter Kontrolle? Internetzensur und Überwachung in Russland«, der im August 2021 erschien, zeigten wir, wie systematisch das Regime Putin unabhängige Berichterstattung schon vor dem Einmarsch

in die Ukraine unterdrückte: Bei den Demonstrationen für die Freilassung des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny nahm die Polizei Anfang 2021 dutzende Reporterinnen und Reporter fest und versuchte, sie durch »präventive Hausbesuche« von der Berichterstattung abzuhalten. Immer mehr Medienschaffende sowie ganze Redaktionen wurden zu angeblichen »ausländischen Agenten« erklärt. Im April 2021 traf es Meduza, das reichweitenstärkste unabhängige Nachrichtenportal in russischer Sprache, später etliche weitere kleinere Investigativmedien. Viele von ihnen mussten ihre Arbeit einstellen.

Im September 2021 diskutierten wir die sich rapide verschlechternde Situation in Russland in einer öffentlichen Online-Veranstaltung mit Artjom Kosljuk, der mit seiner NGO Roskomsvoboda gegen Internetzensur in Russland kämpft, und mit der Juristin Galina Arapowa. Sie leitet das Zentrum zum Schutz der Rechte von Massenmedien, das verfolgte Medienschaffende vor Gericht verteidigt und mit dem wir eng zusammenarbeiten. Wenige Wochen nach der Diskussion wurde auch sie zur »ausländischen Agentin« erklärt. Ende 2021 standen bereits mehr als hundert Personen, gesellschaftliche Gruppen oder Redaktionen auf den entsprechenden Listen.

Die Entwicklungen nach dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine am 24. Februar 2022 übertrafen trotz allem unsere schlimmsten Befürchtungen: Der Krieg bedeutete das Aus für unabhängige und regimekritische Berichterstattung in Russland. Die Medienaufsichtsbehörde Roskomsnadsor, die wir 2021 zum wiederholten Mal zu den größten Feinden der Pressefreiheit weltweit zählten, verbot die Worte »Krieg«, »Angriff« und »Einmarsch« und ließ Seiten etlicher regierungskritischer Nachrichtenportale blockieren. Am 3. März stellte der Internetsender Roskomnadzor seine Arbeit ein, das kremlkritische Radio Echo Moskwy wurde ohne Beteiligung der Redaktion geschlossen. Gegen die Deutsche Welle hatte die russische Regierung bereits Anfang Februar ein Sendeverbot verhängt und den Korrespondentinnen und Korrespondenten die Akkreditierungen entzogen.

Am 4. März 2022 unterzeichnete Präsident Putin neue Zensurgesetze. Sie drohen mit bis zu 15 Jahren Gefängnis, wenn angebliche »Fake News« über die russische Armee



Dieses Bild entstand aus Solidarität mit der unabhängigen Nachrichtenseite Meduza, aus deren Logo das M an der Wand stammt. Das Justizministerium hatte Meduza im April 2021 zum »ausländischen Agenten« erklärt. © Evgeny Zubkov / @frm46

verbreitet oder die Streitkräfte »diskreditiert« werden. Faktisch ist es damit verboten, anders über den Krieg zu berichten, als das Verteidigungsministerium es vorgibt. Mehrere hundert unabhängige Journalistinnen und Journalisten verließen daraufhin innerhalb kürzester Zeit das Land. Auch führende deutsche und internationale Medien stellten ihre Berichterstattung aus Russland vorübergehend ein.

Auch diverse soziale Netzwerke, über die die Menschen in Russland Informationen austauschten, blockierte der Kreml: Twitter, Facebook und Instagram waren schon wenige Wochen nach dem Angriff auf die Ukraine nicht mehr zu erreichen. Um der Bevölkerung dennoch Zugang zu unabhängigen Informationen zu ermöglichen, haben wir die Seiten mehrerer in Russland verbotener Medien »entsperrt«: Wir legten Kopien dieser Seiten auf den Cloud-Servern großer internationaler Anbieter ab – Server, die auch zahlreiche Unternehmen nutzen, und die deshalb nicht gesperrt werden können, ohne der eigenen Wirtschaft massiv zu schaden. Auf diese Weise haben wir nicht nur die Inhalte der Deutschen Welle in Russland wieder zugänglich gemacht, sondern auch die führender kremlkritischer Medien wie der Exil-Nachrichtenseite Meduza oder der Nowaja Gaseta.

! JX FUND – NACHHALTIGE HILFE IM EXIL !

Nach den Erfahrungen aus unserer Rettungsaktion für afghanische Medienschaffende brachte der Ukraine-krieg die nächste große Herausforderung: Russische, belarussische und ukrainische Journalistinnen und Journalisten verlassen in großer Zahl ihre Heimatländer, wollen aber auch aus dem sicheren Ausland weiter frei und unabhängig journalistisch arbeiten. Solchen Journalismus im Exil zu fördern und Strukturen zu schaffen, die den Übergang von Flucht und Nothilfe zum weiteren journalistischen Engagement besser ermöglichen, ist das Ziel des JX Fund, den wir im März 2022 gemeinsam mit Rudolf Augstein Stiftung und der Schöpflin-Stiftung ins Leben gerufen haben. Der JX Fund hilft Medienschaffenden unmittelbar nach ihrer Flucht aus Kriegs- und Krisengebieten schnell und flexibel dabei, ihre Arbeit weiterzuführen. Er will unabhängige Medien im Exil auch über die Phase akuten medialen Interesses hinaus stärken und den nachhaltigen Aufbau neuer Redaktionsstrukturen im Exil unterstützen, damit sie mit ihren Inhalten ihr Publikum in den Heimatländern weiterhin erreichen.

Auf einer
»Querdenker«-
Demonstration in
Frankfurt am Main
im April 2021, die
sich gegen die laut
Veranstalter »gleich-
geschaltete Presse«
richtete, interviewt
ein Journalist einen
Teilnehmer.
© picture alliance /
Daniel Kubirski



UNSERE ANTWORT AUF DIE GEWALT

In Deutschland wurde 2021 mit mindestens 80 körperlichen Angriffen auf Medienschaffende ein trauriger Höhepunkt erreicht. Damit Journalistinnen und Journalisten sicher weiterarbeiten können, haben wir eine neue Initiative gestartet.

»Wir kompensieren das teilweise mit Alkohol oder Drogen. Wir brennen aus und es ist kein Ende in Sicht.« Das schrieb der Fotograf Rési Lucetti aus Bayern Ende 2021 auf Twitter. In den darauffolgenden Stunden entwickelte sich sein Hashtag #AusgebranntePresse zu einer Art kleinem #MeToo von Medienschaffenden. Dutzende klagten dort über Gewalt, der sie bei Corona-Protesten ausgesetzt sind.

Einen typischen Angriff bei einer »Querdenker«-Demonstration am 3. April in Dresden beschreibt ein freier Journalist vom Netzwerk *vue.critique*: »Nachdem wir von mehreren Personen gejagt wurden, folgt der Angriff mit Fäusten... Täter kommen teils davon.« Er steht sinnbildlich für das vergangene Jahr.

2021 hat die Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten in Deutschland eine neue Rekordmarke erreicht: Allein 80 Angriffe konnten wir verifizieren, hinzu kommen 31 nicht abschließend geklärte und eine wohl weitaus höhere Dunkelziffer. Begonnen hatte dieser Trend 2020 mit der Pandemie, als sich die Fallzahl (65) gegenüber dem Vorjahr verfünffacht hatte.

Diese Gewalt hat nichts zu tun mit gesunder Skepsis oder legitimer Kritik. Dahinter steht die Ablehnung der freien Presse, die häufig mit antisemitischen Verschwörungserzählungen auftritt – beides Kernelemente extrem rechter Ideologie. Unsere Dokumentation zeigt: Auch 2021 ereignete sich die absolute Mehrheit der Angriffe im rechten Milieu.

Gefahr für Gesellschaft und Demokratie

Wenn es im linken Kontext, etwa bei Räumungen besetzter Häuser wie in Berlin, zu Angriffen kam, gingen diese von der Polizei aus. 12 der 80 Angriffe haben Polizeikräfte begangen. Das heißt, die Instanz, die die Presse beschützen sollte, stellt oft selbst eine Gefahrenquelle dar. Auch im Fußballstadion, im Gerichtssaal oder im eigenen Hinterhof wurden Medienschaffende 2021 attackiert. Bedroht sind dadurch nicht nur Einzelne, sondern die Pressefreiheit insgesamt und somit letztlich unsere Demokratie.

Um dem Problem zu begegnen, haben wir im Frühjahr 2021 eine neue Initiative ins Leben gerufen: den Schutzkodex. Dieser funktioniert wie ein Versprechen. Medienhäuser, die beitreten, müssen bestimmte Maßnahmen ergreifen, um Mitarbeitende zu schützen oder nach einem Übergriff zu versorgen. Dazu zählen etwa eine Ansprechperson für Bedrohungen und Angriffe, eine Clearingstelle und Leistungen bei Hassnachrichten, etwa die Kostenübernahme für Personenschutz.



Auf einer Kundgebung im April 2021 in Karlsruhe beklagt eine Demonstrantin auf ihrem Plakat den aus ihrer Sicht ungerechten Umgang der Presse mit der »Querdenker«-Bewegung. Auf der Veranstaltung mit nur 80 Teilnehmenden schritt die Polizei ein, als ein Journalist bedrängt wurde.

© picture alliance / Daniel Kubirski

Realisieren konnten wir dies gemeinsam mit der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in verdi, dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV), den Neuen deutschen Medienmacher*innen e.V. und dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG e.V.).

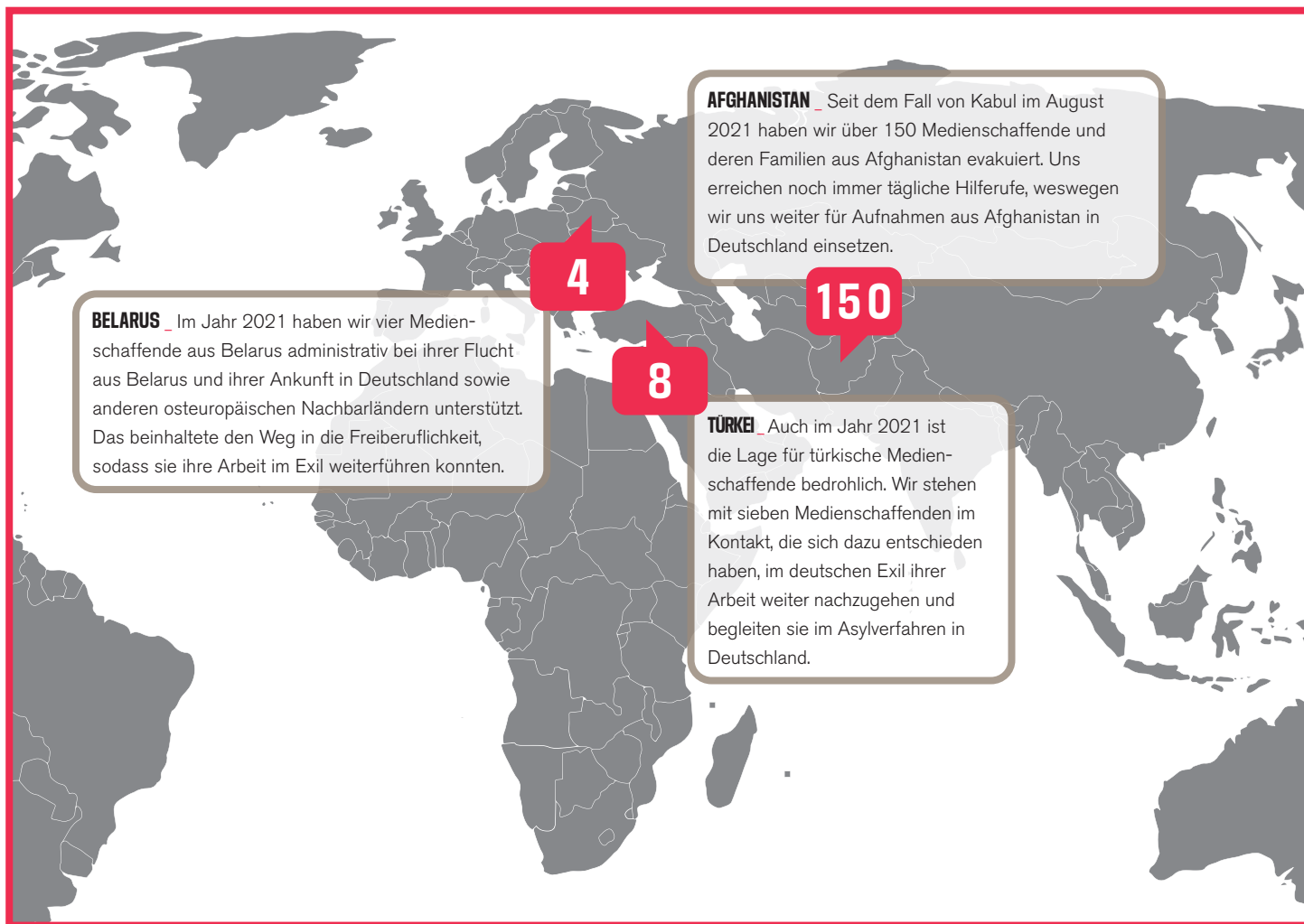
Von Anfang an dabei waren die dpa, die taz, ZEIT und ZEIT ONLINE, der SPIEGEL und die Frankfurter Rundschau. Neu hinzu gekommen sind seitdem die Südwestdeutsche Medien Holding, zu der etwa die Süddeutsche Zeitung gehört, der Weser Kurier sowie die FUNKE Mediengruppe. Und regelmäßig erreichen uns weitere Anfragen. Das macht Hoffnung.

Um bei der schockierenden Anzahl auf Übergriffen auf Medienschaffende in Deutschland den Überblick behalten zu können, haben wir 2020 die E-Mail-Adresse uebergriffe@reporter-ohne-grenzen.de eingerichtet. Über diese können uns Betroffene wie nicht Betroffene Vorfälle melden.

dju-Landesgeschäftsführer Jörg Reichel fordert auf einer Demonstration in Berlin den Polizeiführer auf, mäßigend auf das aggressive Verhalten der Beamten gegen die Presse einzuwirken. © picture alliance / Geisler-Fotopress / Jean MW/Geisler-Fotopress



NOTHILFE UND STIPENDIEN



»Das Stipendienprogramm gab mir die Möglichkeit, mit meiner Familie in Sicherheit zu sein. Es half mir, trotz des Schmerzes zu atmen und zu verstehen, was ich durchgemacht habe. Es gab mir die Chance, neue journalistische Erfahrungen zu machen, sodass ich meine Arbeit auch im Exil fortsetzen kann. Ich kann jetzt nicht nur die Geschehnisse in Ägypten ohne Angst verfolgen, sondern auch über grenzüberschreitende Geschichten nachdenken. Das Wichtigste, was ich von diesem Stipendium gelernt habe, ist die wahre Bedeutung von Solidarität.« © RSF

Basma Mostafa berichtete zehn Jahre als Investigativjournalistin in Ägypten über polizeiliche Folter, außergerichtliche Tötungen und sexuelle Gewalt. Aufgrund ihrer journalistischen Arbeit wurde sie dreimal inhaftiert. Im Juni 2021 luden RSF und die Elisabeth-Selbert-Initiative sie nach Deutschland ein. Da sich die Sicherheitslage für Mostafa und ihre Familie weiter verschärft hat, wurde ihnen Anfang 2022 politisches Asyl in Deutschland gewährt.

Das Berliner Stipendienprogramm wird aus Mitteln der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gefördert.

Das Referat Nothilfe und Stipendien hat nach zehn Jahren eine neue Führung bekommen: Seit Februar 2021 leitet das Referat Katja Heinemann, ehemalige Multimedia-Journalistin. 16 neue Stipendiatinnen und Stipendiaten durften wir im Jahr 2021 in Berlin begrüßen. Außerdem starteten wir im September die Testphase für das neue Digital Security Lab, das ab Sommer 2022 voll arbeitsfähig sein wird. Die wohl größte Herausforderung für unsere Organisation war die Evakuierung aus Afghanistan nach dem Fall von Kabul im August 2021.

Nach einer Pandemie-Pause im Vorjahr durften 2021 endlich die ersten Stipendiatinnen und Stipendiaten wieder einreisen: 16 Medienschaffende kamen über diverse Programme und Kooperationen nach Deutschland – so

RSF deutsche Sektion:

46 unterstützte Journalistinnen und Journalisten (ohne Afghanistan)

Türkei: 8

Aserbaidschan: 6

Syrien: 5

Belarus: 4

Ägypten, Pakistan: je 3

Irak, Somalia, Usbekistan: je 2

Bangladesch, Guatemala, Indien,

Kasachstan, Kolumbien, Kosovo, Kuba,

Malta, Myanmar, Sri Lanka: je 1

RSF internationales Sekretariat:

127 unterstützte Journalistinnen und Journalisten

Myanmar: 28

Afghanistan: 23

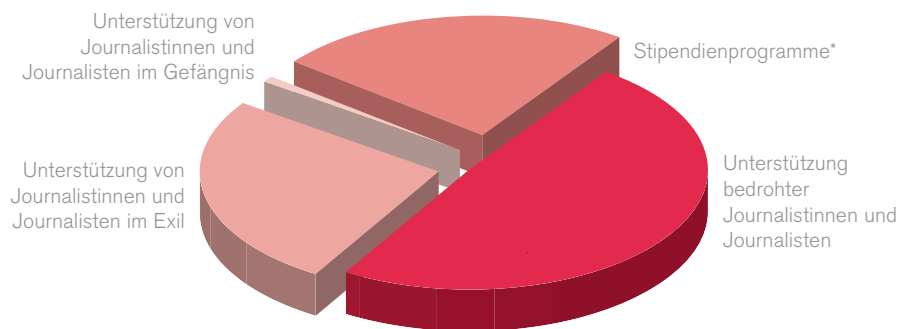
Syrien: 14

Kongo: 13

u.a.

Zudem unterstützte das internationale Sekretariat 15 Medien in 12 verschiedenen Ländern.

FINANZIELLE HILFEN NACH ZWECK (Insgesamt: 244.333 €)



*Stipendien ohne Unterstützung bedrohter Journalistinnen und Journalisten (u.a. Nothilfestipendien)



»Ich wollte schon immer Journalistin werden. Als ich zunehmend aufgrund meiner journalistischen Arbeit bedroht wurde, machte mich das sehr traurig. Im Laufe der Zeit habe ich einige Wege aus der Angst und dem Schweigen gefunden, und mit dem Stipendium von Reporter ohne Grenzen in Berlin fand ich die Begleitung und die Werkzeuge, die ich brauchte, um meinen Weg fortzusetzen. Heute begleite ich andere, ich höre aufmerksam zu, ich recherchiere und schreibe, und ich übe meinen Beruf weiterhin mit Respekt und Liebe aus.« © privat

Ginna Morelo, Research & Recharge Stipendiatin, widmet sich der Aufdeckung von Menschenrechtsverbrechen, die von paramilitärischen Gruppen in Kolumbien begangen wurden. Ihre Zeit in Berlin nutzte sie für ihr Projekt »Silence in War« – ein Projekt über das Stillschweigen bei Gewaltverbrechen, ausgeübt durch das Paramilitär in der kolumbianischen Karibik.

zum Beispiel vier Journalistinnen und Journalisten über das Rest & Refuge Stipendium, das wir gemeinsam mit der taz Panter Stiftung organisieren. Zwei von ihnen waren schon 2020 ausgewählt worden. In einem Zeitraum von drei Monaten konnten die vier aus Aserbaidschan, Bangladesch, Kuba und Somalia eine Auszeit von den alltäglichen Bedrohungen und Belastungen ihrer Arbeit nehmen und sich beruflich stärken oder neu ausrichten. Auch unsere erste Research & Recharge Stipendiatin aus Kolumbien kam 2021 für neun Monate nach Berlin. Dieses neue Stipendium wird durch einen privaten Spender finanziert. Es gibt Journalistinnen und Journalisten eine Möglichkeit, frei von Bedrohungen an einem journalistischen Projekt zu arbeiten und es umzusetzen.

Sechs weitere Medienschaffende aus Afghanistan, Ägypten, Belarus und der Türkei konnten wir, teils mit Unterstützung von anderen Organisationen, aus akuten Bedrohungslagen nach Deutschland holen. Vier weitere Nothilfestipendien aus dem Vorjahr wurden verlängert – diese Medienschaffenden mussten aufgrund anhaltender Bedrohungslagen entweder in Deutschland oder in einem Drittland langfristig Schutz suchen.

Insgesamt haben wir 50 Journalistinnen und Journalisten finanziell und administrativ unterstützt. Diese Unterstützung beinhaltet Anwaltskosten, Überbrückungshilfen und die Übernahme von Lebenshaltungs- sowie medizinischen Kosten. Zusätzlich stellte uns der Fall von Kabul vor große Herausforderungen (mehr auf S. 10). Zudem beendeten wir

unsere 2020 begonnene Evakuierungsmmission aus Idlib, Syrien: Insgesamt 12 Journalistinnen, Journalisten und ihre Familien konnten wir bei der Ankunft in Deutschland unterstützen.

Nachdem 2020 im Rahmen des Berliner Stipendienprogramms pandemiebedingt nur online stattfinden konnte, konnten 2021 fünf Stipendiatinnen und Stipendiaten aus Pakistan, Gambia, Guatemala, Syrien und Saudi-Arabien wieder nach Berlin einreisen, um ihre gemeinsame Fortbildung anzutreten. Während ihres viermonatigen Aufenthalts wurden sie in einem umfassenden Training in digitaler Sicherheit geschult. Anschließend kehrten sie gestärkt in ihre Heimatländer zurück, um ihr erlerntes Wissen dort an bedrohte Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben.

I VOM DIGITAL HELPDESK ZUM DIGITAL SECURITY LAB I

2019 hat Reporter ohne Grenzen den Digital Helpdesk ins Leben gerufen. Er ist Teil des Berliner Stipendienprogramms zur Stärkung von Journalist*innen im digitalen Raum. Im Rahmen dieses Programms werden Medienschaffende aus aller Welt eingeladen, um sie zu Themen der digitalen Sicherheit zu schulen. Der Helpdesk versucht dasselbe in der Breite. Die Kernaufgaben bestehen darin, Informationen über digitale Sicherheit auf die Webseite helpdesk.rsf.org zu stellen und aktuell zu halten und Lehrvideos zu produzieren, um das Thema greifbarer und einfacher zugänglich zu machen.

Individuelle Beratung bei speziellen Problemen

Seit es den Helpdesk gibt, haben sich immer wieder Medienschaffende mit individuellen Problemen hilfesuchend an RSF gewendet; beispielsweise weil sie das Gefühl hatten, ihr Telefon oder ihr Computer werde ausspioniert. Um der zunehmenden Bedrohung durch digitale Überwachung Rechnung zu tragen, hat RSF deshalb Ende 2021 das Digital Security Lab gegründet. Benjamin Güldenring leitet das Projekt mit der Unterstützung von zwei Werkstudenten.



Benjamin Güldenring,
Leiter Digital Security
Lab © Jule Halsinger

2021 wurde die massenhafte Überwachung von Medienschaffenden durch die Pegasus-Software publik. Wie groß ist die Gefahr, Opfer digitaler Spionage zu werden?

Das Risiko, Opfer digitaler Spionage zu werden, hängt sehr stark von der eigenen Arbeit ab. Opfer digitaler Spionage zu sein, ist bestimmt kein Massenphänomen unter Journalistinnen und Journalisten. Aber sobald die

eigene Arbeit mächtigen und einflussreichen Menschen missfällt, halte ich die abstrakte Gefahr für sehr groß. Das liegt an zwei Gründen: Erstens wird Spähetechnologie von international agierenden Unternehmen hergestellt und vermarktet. Die NSO Group ist mit ihrem Produkt Pegasus mittlerweile wohl das bekannteste Unternehmen, aber nicht das einzige. Akteure, die Spähetechnologie verwenden wollen, brauchen also keine eigene Expertise dazu mehr. Und das Angebot wird rege genutzt. So ist zum Beispiel auch Deutschland Kunde der NSO Group, aber offenbar auch andere Länder, in denen es schlechter um die Pressefreiheit steht.

Zweitens wird Spähetechnologie immer ausgefeilter, schwieriger zu entdecken, und es wird auch schwieriger, die Auftraggeber zu identifizieren. Wenn Täter nicht befürchten müssen, entdeckt und identifiziert zu werden, senkt das die Hemmschwelle.

Die einzige Hürde für Täter ist, Zugang zu den Produkten zu bekommen. Aber wie wir in der Vergangenheit mehrfach gesehen haben, scheint diese Hürde noch nicht hoch genug zu sein. Neben den legalen Unternehmen existiert aber natürlich auch ein krimineller Untergrund, der Spähetechnologie zum Kauf anbietet.

Welche Journalistinnen und Journalisten können sich ans Digital Security Lab wenden?

Prinzipiell können sich alle Journalistinnen und Journalisten an das Lab wenden, die einen plausiblen Verdacht haben, Opfer von digitaler Spionage zu sein. Ein plausibler Verdacht können zum Beispiel ausgefeilte Phishing-Nachrichten sein, die man bekommen hat. Aber auch andere Vorfälle, wie zum Beispiel unerklärliche Informationslecks oder allgemeine Repressionen eines Staates, können ein berechtigter Verdacht sein.

Wenn ein berechtigter Verdacht besteht, wie geht das RSF-Team dann vor?

Ganz vereinfacht gesagt untersuchen wir Endgeräte auf Spuren bekannter Spähetechnologie. Viele Angriffe verwenden Phishing-Tricks, um Journalistinnen und Journalisten dazu zu bewegen, einen Link anzuklicken oder einen Anhang zu öffnen. So fangen wir etwa mit verdächtigen Nachrichten an und untersuchen, ob sich dahinter eine Spyware verbirgt. Danach untersuchen wir installierte Programme, sichten aber auch sonstige Datenspuren, die Hinweise auf vormals ausgeführte Programme oder Aktivitäten geben. Wir untersuchen auch das Verhalten von Endgeräten, also zum Beispiel welche Internetverbindungen von dem Gerät ausgehen.

©picture alliance / Zoonar | www.style-photography.de



DEFENDING VOICES – WIR KÄMPFEN MIT HINTERBLIEBENEN FÜR GERECHTIGKEIT



RSF-Delegation beim Termin mit Mexikos föderalem Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidigerinnen und Journalisten © RSF

Im Defending-Voices-Programm arbeiten wir daran, dass mexikanische und brasilianische Medienschaffende frei und sicher berichten können, ohne Angst vor Belästigung oder Repressalien. Leider mussten wir in den zwei Jahren des Programms erleben, dass in beiden Ländern die Zahl der Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten und andere Verletzungen der Pressefreiheit zugenommen haben.

Mit sieben ermordeten Journalisten war Mexiko 2021 das dritte Jahr in Folge das gefährlichste Land der Welt für die Presse. Ein weiterer Grund für uns, uns vor Ort dafür einzusetzen, dass der Schutz von Medienschaffenden ganz oben auf der politischen Agenda im Land steht. Deshalb haben wir von Reporter ohne Grenzen Deutschland gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Brasilien und Kolumbien Mexiko in einer zweiwöchigen Mission besucht. Wir trafen uns mit nationalen Behörden, politischen Interessenvertreterinnen, Journalisten und Angehörigen – nicht nur um uns ein genaueres Bild von der Lage zu verschaffen, sondern auch, um öffentlichen

Druck auf den mexikanischen Staat zu erhöhen, damit die Spirale von Gewalt und Straflosigkeit endlich beendet wird.

Wir haben uns unter anderem mit den Familien von Ramón Angeles und Mauricio Estrada getroffen. Beide Journalisten sind vor mehr als zehn Jahren im Bundesstaat Michoacán spurlos verschwunden, beide Fälle wurden nie aufgeklärt. Es war uns wichtig, die Familien wissen zu lassen, dass wir an ihrer Seite stehen, dass wir – mit Unterstützung unserer Partnerorganisation Propuesta Cívica – weiterhin mit ihnen vor Gericht ziehen werden, ihnen weiter psychologische Unterstützung zukommen lassen und weiterhin auf nationaler oder internationaler Ebene dafür kämpfen werden, dass ihnen die Gerechtigkeit zukommt, die sie verdienen.

In Brasilien gab es 2021 zum Glück keine tödliche Gewalt gegen Medienschaffende. Doch die Zahl der Angriffe, Drohungen und Einschüchterungen hat weiter zugenommen. Sie finden hauptsächlich in sozialen Netzwerken sowie vor Gericht statt, wo etwa Politikerinnen und Politiker das

Justizsystem missbrauchen, um gegen unliebsame Medien vorzugehen. Beide Formen der Einschüchterung können eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit und die wirtschaftliche Grundlage von Journalistinnen und Journalisten darstellen.

Deshalb erhielten acht Medien im Jahr 2021 von uns Schulungen in Sicherheits- und Risikobewertung. Darüber hinaus erhielt jede Organisation einen Zuschuss zur Umsetzung von Schutzmaßnahmen, die während der Workshops als besonders dringend identifiziert wurden. Diese variierten von der Anschaffung von Sicherheitsausrüstung über die Stärkung der Sicherheit in den Redaktionsräumen und der digitalen Sicherheit bis hin zu Rechtshilfe.

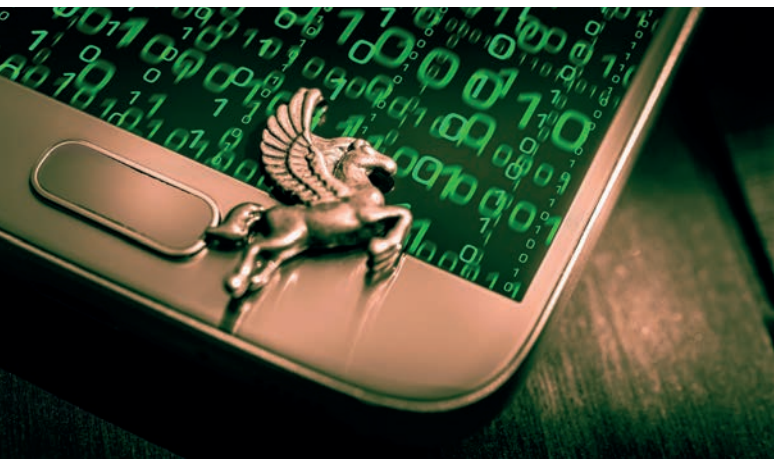
In beiden Ländern sind die Herausforderungen noch immer enorm und es bleibt viel zu tun, aber was mich seit Beginn des Defending-Voices-Programms beeindruckt, ist die Leidenschaft und das Engagement unserer Partner und des Netzwerks, das wir gemeinsam mit Journalistinnen, Journalisten und Hinterbliebenen aufgebaut haben. Nur durch eine enge Zusammenarbeit mit ihnen, mit anderen lokalen und internationalen Akteuren und im Dialog mit Vertretern staatlicher Institutionen werden wir in der Lage sein, die vielerorts desolante Lage der Pressefreiheit in Mexiko und Brasilien nachhaltig zum Guten zu verändern.



Nube Álvarez, Projektkoordination Defending Voices © Jule Halsinger

! DAS SMARTPHONE ALS WAFFE !

Oft braucht es einen langen Atem im Einsatz für die Menschenrechte. Das gilt umso mehr für Themen, die die Interessen des Staates berühren – wie der Umgang mit kommerzieller Spähsoftware.



© picture alliance / CHROMORANGE / Christian Orde

Reporter ohne Grenzen kämpft seit einem Jahrzehnt für die Regulierung von kommerzieller Spyware, die es, zumeist in Europa und Israel hergestellt, autoritären Regierungen etwa in der Türkei, Ägypten und Mexiko ermöglicht, Journalisten, Menschenrechtsaktivistinnen und Oppositionelle auszuspähen. Seit Jahren dokumentieren Menschenrechts-NGOs den Missbrauch immer aggressiverer digitaler Spionagetools.

Umso größer waren die Hoffnungen, als das »Pegasus-Projekt« im Juli 2021 erstmals einer breiten Öffentlichkeit das geballte Ausmaß des staatlichen Missbrauchs des marktführenden Trojaners vor Augen führte. Ausgehend von einer Liste von Telefonnummern, die als potenzielle Ziele von Spähangriffen durch die Spyware der israelischen NSO Group identifiziert wurden, ermittelte ein Medienbündnis die Namen von mehr als 200 betroffenen Journalistinnen und Journalisten, unter anderem aus Indien, Marokko, Ungarn und Mexiko. In einer Vielzahl von Fällen ist derweil bestätigt, dass das jeweilige Smartphone gehackt wurde: Kamera, Mikrophon, Chats und Dateien standen unbemerkt unter der Kontrolle der Eindringlinge.

RSF legte noch im Juli 2021 gemeinsam mit Medienschaffenden aus sieben Staaten Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft in Paris und vor der UNO ein. Mehrere UN-Sonderberichterstatter schlossen sich der Forderung von RSF sowie des ehemaligen UN-Sonderberichterstatters David Kaye nach einem Moratorium für Verkauf, Nutzung und Export digitaler Überwachungstechnologie an. Bisher gibt es kein international bindendes Abkommen.

Zweifel an Umsetzung der EU-Exportvorgaben

Zwar konnten RSF und andere Menschenrechtsorganisationen in den vergangenen Jahren erfolgreich für EU-weite Exportvorgaben werben. Nicht zuletzt der mutmaßliche Missbrauch von Pegasus in Polen und Ungarn und maltesische Exportlizenzen der NSO Group lassen allerdings erhebliche Zweifel an deren Umsetzung aufkommen. Das EU-Parlament beschloss im März 2022, einen Untersuchungsausschuss zu den Vorwürfen gegen die EU-Mitgliedstaaten einzusetzen. Auf die von Menschenrechtsorganisationen formulierte Forderung nach Sanktionen gegen die NSO Group gingen Kommission und Mitgliedstaaten dagegen bisher nicht ein. Auch die deutsche Bundesregierung hat sich bisher nicht vom Einsatz kommerzieller Trojaner, inklusive einer noch vor dem Skandal erworbenen abgesehenen Version von Pegasus, distanziert.

Strafanzeige von RSF gegen FinFisher war erfolgreich

Einen Erfolg feierte Reporter ohne Grenzen derweil gegen das bisher in Deutschland marktführende und ebenso umstrittene Unternehmen FinFisher. Nach einer gemeinsam mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte, des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und Netpolitik.org 2019 eingereichten Strafanzeige wegen illegaler Exporte von Überwachungssoftware hat die Münchener Unternehmensgruppe den Geschäftsbetrieb eingestellt. Die Staatsanwaltschaft München hat die Konten der Unternehmen gepfändet, die FinFisher GmbH und zwei Partnerfirmen beantragten daraufhin die Insolvenz.



Die RSF-Direktorin für internationale Kampagnen, Rebecca Vincent, spricht nach einem Gerichtstermin im Assange-Auslieferungsverfahren in London. © picture alliance / empics / James Manning



RSF-Türkei-Repräsentant Erol Önderoğlu nach einem Gerichtstermin im Februar in Istanbul. © RSF

ALLE AUGEN AUF GERECHTIGKEIT

Dreimal musste Erol Önderoğlu 2021 im Istanbul Çaçlayan-Gericht erscheinen, obwohl er vom Vorwurf der Terrorpropaganda eigentlich bereits freigesprochen war. Er ist seit mehr als 25 Jahren RSF-Repräsentant in der Türkei. 2016 war er Teil einer Solidaritätskampagne für die Tageszeitung Özgür Gündem und hatte einen Tag symbolisch die Redaktion geleitet.

Prozessbeobachtungen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit, denn je mehr vor allem internationale Beobachtende vor Ort sind, desto höher ist der Druck auf die Gerichte, den Angeklagten ein faires Verfahren zuzugestehen. Während die Medienaufmerksamkeit meist zum Auftakt und Schluss eines Prozesses hoch ist, kann kontinuierliche Beobachtung dazu beitragen, dass rechtsstaatliche Standards eingehalten werden: etwa die Unschuldsvermutung, dass der oder die Angeklagte anwaltlich verteidigt wird und jederzeit die Gerichtsakten einsehen darf und dass das Verfahren in einem angemessenen Zeitraum beendet wird.

Fall Khashoggi: Aufarbeitung enttäuschend

Den Khashoggi-Mordprozess hatten wir ab Juli 2020 in Istanbul begleitet – knapp eineinhalb Jahre nachdem der saudische Kolumnist und Regimekritiker Jamal Khashoggi mutmaßlich dort ermordet worden war. 20 Männer aus Saudi-Arabien standen in Abwesenheit vor Gericht. Auch wenn die türkische Regierung selbst hart gegen kritische Stimmen vorgeht, lag sehr viel Hoffnung auf diesem Verfahren. Leider hat sich die Istanbul Staatsanwaltschaft nun für eine Einstellung des dortigen Verfahrens ausgesprochen. Der Prozess soll statt-

dessen nach Saudi-Arabien verlegt werden, wo die Chancen auf ein transparentes Verfahren gegen Null gehen.

Meşale Tolu: Freispruch in allen Punkten

Der Fall der deutschen Journalistin Meşale Tolu, den RSF über vier Jahre mehrmals im Gericht mitverfolgte, nahm dagegen in diesem Jahr mit einem Freispruch ein positives Ende. Der Prozess gegen sie hatte im Oktober 2017 begonnen, rund zwei Monate später wurde sie unter Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen. Im August 2018 durfte sie nach Deutschland zurückkehren. Die Staatsanwaltschaft hatte Tolu ursprünglich »Terrorpropaganda« und »Mitgliedschaft in einer Terrororganisation« vorgeworfen, im September 2021 aber einen Freispruch in allen Anklagepunkten gefordert.

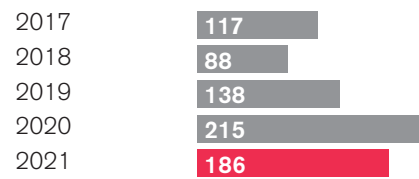
Fall Assange: Rechtsstaatliche Prinzipien verletzt

In Großbritannien wurden im Auslieferungsverfahren des Wikileaks-Herausgebers Julian Assange Großbritanniens rechtsstaatliche und menschenrechtliche Verpflichtungen eklatant verletzt. Bei dem politischen Verfahren war für internationale Beobachtende der Zugang systematisch erschwert. Zugänge zu Videoschalten wurden zunächst erteilt und dann teilweise wieder ohne Nennung von Gründen entzogen. Selbst bei Schauprozessen in der Türkei war der Zugang zum Verfahren einfacher. Assange wurde wie ein hochgefährlicher Schwerverbrecher behandelt, saß in einem Glaskasten im hinteren Teil des Gerichtssaals und hatte kaum eine Chance, sein Anwaltsteam richtig konsultieren zu können. Großbritannien hat inzwischen einer Auslieferung zugestimmt, Assange geht dagegen weiter gerichtlich vor.

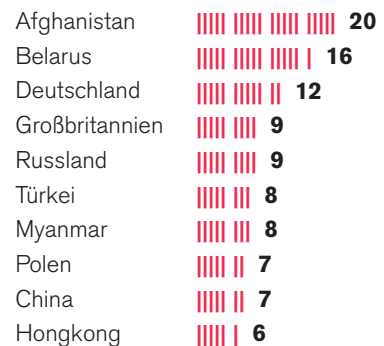
REPORTER OHNE GRENZEN IN DEN MEDIEN

Ob die Flucht hunderter Medienschafter aus Afghanistan oder die zunehmende Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten in Deutschland: 2021 war zu mehreren Themen unsere Expertise so gefragt wie noch nie. Auch deshalb war Reporter ohne Grenzen im vergangenen Jahr in deutschsprachigen Medien so präsent wie nie zuvor. 24.701 Mal wurden wir in Online- und Printmedien, Nachrichtenagenturen, Fernsehen sowie Hörfunk erwähnt, im Schnitt 2.058 Mal pro Monat – eine Steigerung von knapp 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wir gaben 280 Interviews, verschickten 186 Pressemitteilungen zur Lage der Pressefreiheit in 35 Ländern und 62 Newsletter – fast doppelt so viele wie 2020.

Anzahl versendete Pressemitteilungen



Top 10 Länder versendete Pressemitteilungen



Proteste in Kolumbien

© Leonard Mikoleit

Der Beginn der landesweiten Proteste in Kolumbien wurde in Cali von nur wenigen lokalen Fotograf*innen dokumentiert, die deshalb im Fokus der Polizei standen. Ein Polizist zielte auf den Fotografen Leonard Mikoleit, verfehlte ihn jedoch, weil ein Demonstrant mit einem Stein auf ihn warf. Stattdessen wurde der Demonstrant von dem Gummigeschoss getroffen und verletzt.

Social Media

Auf unseren Social-Media-Kanälen bauten wir unsere Reichweite erneut deutlich aus: 2021 erhielt unsere Facebook-Seite 2.186 zusätzliche »Gefällt mir«-Angaben, der Twitter-Account 6.705 zusätzliche Followerinnen und Follower, der Instagram-Account 4.616 und der Youtube-Account 635 zusätzliche Abonnentinnen und Abonnenten, auf LinkedIn gewannen wir 535 Followerinnen und Follower hinzu.

Webseite

1.509.438 Menschen haben 2021 unsere Website besucht. Neben Themenberichten, Länderprofilen, Biografien von Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie mehreren Pressemitteilungen pro Woche veröffentlichten wir dort auch eine Bilderserie des deutsch-kolumbianischen Fotografen Leonard Mikoleit, der bei Protesten in Cali von der Polizei bedroht und eingeschüchtert worden war. © RSF



2021 haben wir 182 Interviews in Fernsehen und Hörfunk gegeben.



Zum Welttag gegen Internetzensur am 12. März eröffneten wir zwei neue Räume in der »Uncensored Library«, die in einer digitalen Bibliothek innerhalb des Computerspiels Minecraft zensierte Artikel aus Belarus und Brasilien der Öffentlichkeit wieder zugänglich machen. In dem Projekt, das ein Jahr zuvor gestartet war, sind vormals blockierte oder zensierte Texte auf Englisch und in den Muttersprachen der Autorinnen und Autoren zu lesen. Allein im ersten Jahr besuchten mehr als 20 Millionen Spielerinnen und Spieler aus 165 Ländern die Bibliothek. © RSF



2021 stellten wir 30 Veranstaltungen und Aktionen auf die Beine, 10 mehr als im Vorjahr. Mit einer bildstarken Darbietung machten wir am 21. September darauf aufmerksam, dass Facebook systematisch von Diktaturen missbraucht wird, um im Exil lebende Bloggerinnen und Journalisten zu zensieren. So erging es dem in Berlin lebenden vietnamesischen Journalisten Trung Khoa Le. Mit seiner Exil-Nachrichtenseite Thoibao ist er ein wichtiger Teil der Gegenöffentlichkeit zu den staatlich zensierten Medien in Vietnam. © RSF



Wie im Vorjahr forderten wir auch am 17. Juni 2021, dem Jahrestag seiner Inhaftierung, vor der saudi-arabischen Botschaft in Berlin Freiheit für den saudi-arabischen Blogger Raif Badawi. Im März 2022 wurde er aus der Haft entlassen, darf aber nicht aus Saudi-Arabien ausreisen. © RSF



Im Herbst veranstalteten wir eine Reihe von Pressegesprächen: Mit dem kubanischen Journalisten Augusto César San Martín Albistur sprachen wir über seine Erfahrungen im autoritär regierten Kuba. Spionageattacken und Online-Hasskampagnen im Netz gegen indische Medienschaffende durch die Regierung waren der Fokus im Gespräch mit Siddharth Varadarajan, Gründer und Chefredakteur des Nachrichtenportals The Wire. Die Investigativjournalistin Caroline Muscat aus Malta sprach über Fortschritte bei der Aufklärung des Mordes an der Journalistin Daphne Caruana Galizia und ihre schwierigen Recherchen in einem pressefeindlichen Klima. © RSF



Mit der Fotoausstellung »Distance« machten wir auf die Situation politischer Gefangener in Aserbaidschan aufmerksam. Im Zentrum der Ausstellung stand die Trennung zwischen Inhaftierten und ihren Familien. © Jule Halsinger

In Gaza ist Fatima Shbair eine von wenigen Fotojournalistinnen. Ihre Bilder zeigen das große Leid im Krieg mit Israel, aber auch die schönen Seiten des Lebens in ihrer umkämpften Heimat. Da der Gazastreifen rundum eingezäunt ist, bietet nur der Blick aufs Meer eine freie Perspektive und damit eine Verbindung zum Rest der Welt. © Fatima Shbair



FOTOS FÜR DIE PRESSEFREIHEIT



»Wenn wir an Afghanistan denken, geht es meist um Krieg, Leid und Elend, dabei gibt es noch so viel mehr zu erzählen«, sagt die Fotografin Johanna-Maria Fritz. Ihre Stimmungsbilder zeigen den Alltag der Menschen vor und nach der Machtübernahme durch die Taliban: Sahibcan und Enkeltochter Zahra sind aus Angst vor den neuen Herrschern aus der Provinz Herat nach Kabul geflohen. © Ostkreuz / Johanna-Maria Fritz

Wie viele Bereiche unserer Arbeit entstand auch die aktuelle Ausgabe unseres Fotobuchs »Fotos für die Pressefreiheit« unter dem Eindruck der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021. Das Titelbild zeigt Menschen, die zurückblieben, als am 31. August der letzte US-Flieger vom Flughafen Kabel abhob.

Auch Klimakrise, Kriege und Corona prägten das Jahr 2021. Welche Folgen sie für die Meinungs- und Pressefreiheit in vielen Ländern hatten, zeigt unser Band »Fotos für die Pressefreiheit 2022« mit eindrucksvollen Bildern und hintergründigen Reportagen. Der Faktenteil lenkt die Aufmerksamkeit auf einige Länder, die 2021 besonders unter Einschränkungen der Pressefreiheit gelitten haben, wie Belarus, Kuba und der Irak, aber auch Großbritannien, Israel und Thailand. Acht Essaytexte beschreiben aus der Ich-Perspektive der Fotografinnen und Fotografen, was diese bei ihrer oft schwierigen Arbeit motiviert.

20 Fotografinnen und Fotografen, Autorinnen und Autoren haben uns ihre Arbeiten für diese 28. Ausgabe des Fotobuchs zur Verfügung gestellt. Dem Fotobuch-Team unter Leitung von Barbara Stauss und Gemma Pörzgen gehörten Redakteurin Christina Schott und Grafiker Jonas Herfurth an. Der Verkauf des Buchs ist für RSF neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen eine wichtige Einnahmequelle. Der Erlös fließt vollständig in unsere Pressearbeit und Nothilfe.

»Fotos für die Pressefreiheit 2022«

Reporter ohne Grenzen (Hrsg.)

100 Seiten, 16 Euro

ISBN 978-3-937683-97-3

SPENDEN FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

Sie möchten unsere Arbeit unterstützen?

Mit Ihrer Spende können Sie viel bewegen – verteidigen Sie das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung. Schreiten Sie ein gegen Bedrohung, Misshandlung oder Inhaftierung von Journalistinnen, Fotografen und Bloggerinnen. Finanzieren Sie Prozessbeobachter und Rechtsanwältinnen für faire Gerichtsverfahren. Fördern Sie Medien, die wegen Zensur oder Verbot in ihrer Existenz bedroht sind.

Ihre Spende hilft uns helfen. Mit Ihrer Spende ermöglichen wir

- die Begleitung von Reporterinnen und Bloggern in ihren Heimatländern und im Exil.
- die Vermittlung von Praktika, Unterstützung bei der beruflichen Reintegration oder Hilfe beim Aufbau gemeinsamer Projekte.
- Medienschaffenden Zugang zu Internet und Telefon, um weiter über die Situation in ihrem Land zu berichten.
- Journalistinnen und Journalisten im Exil einen Sprachkurs.
- anwaltliche Vertretung für inhaftierte Medienschaffende.
- Unterstützung für Journalistinnen und Journalisten, die aufgrund ihrer Arbeit überfallen und verletzt wurden.
- die Ausreise von Journalistinnen und Journalisten aus Krisenregionen.

Sie können einzeln, gemeinsam, beschenkend, als Unternehmen, Verein oder Zustifter spenden. Wir beraten Sie gerne. Schreiben Sie uns:

service@reporter-ohne-grenzen.de

Spendenkonto

IBAN
DE26 1009 0000 5667 7770 80

BIC
BEVODEBB



SHOPPEN FÜR DIE PRESSEFREIHEIT – UNSER ONLINE-SHOP



Fotos für die Pressefreiheit 2021
16 Euro

Nur noch wenige Exemplare gibt es von unserem Fotobuch »Fotos für die Pressefreiheit 2021«. In Text und Bild bietet es Einblicke in die Situation in rund 20 Ländern. Ein Schwerpunkt lag auf den Protesten in Belarus, wo Zehntausende nach der Wiederwahl des Präsidenten Lukaschenko im Sommer 2020 monatelang auf die Straße gingen.



Soulbottle
39 Euro

In Europa können wir uns oft nicht vorstellen, dass nicht überall auf der Welt sauberes Trinkwasser aus den Hähnen fließt. Auch Presse- und Informationsfreiheit ist für viele Menschen auf der Welt nicht selbstverständlich. Mit unserer Soulbottle setzen Sie sich nicht nur für unsere Menschenrechtsarbeit ein, Sie fördern auch die Zukunft plastikfreier Meere und fairer Arbeitsbedingungen.



Presse- und Informationsfreiheit verschenken

Mit einer Geschenkspende unterstützen Sie nicht nur aktiv unsere Arbeit, Sie setzen auch ein wichtiges Zeichen für das Menschenrecht auf Pressefreiheit weltweit. Unsere Spendenurkunde ist für jeden Anlass ein wertvolles Geschenk. Zugleich machen Sie damit auf unseren Einsatz für Presse- und Informationsfreiheit weltweit aufmerksam.

SHOP.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE

Preise inkl. Versand

| JAHRESABSCHLUSS |

Gewinn- und Verlustrechnung

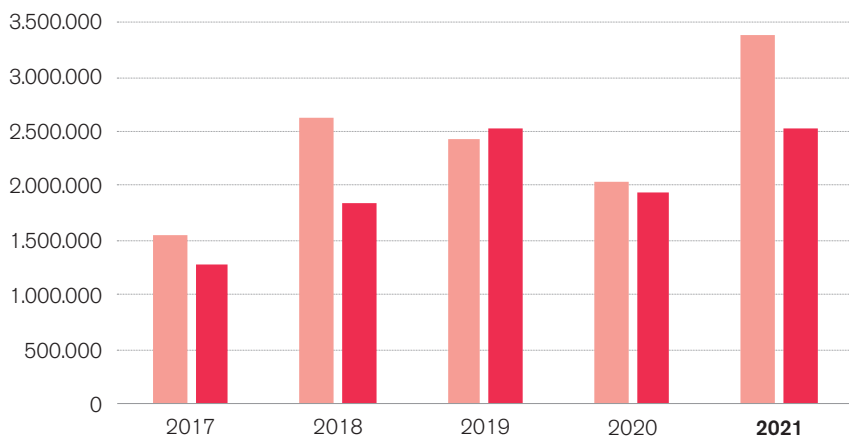
Einnahmen	
Spenden	1.756.263 €
Erbschaften	394.055 €
Mitgliedsbeiträge	315.594 €
Fördermittel Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	289.371 €
Fördermittel Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	243.559 €
Fördermittel/Zweckgebundene Spenden für Bereich Nothilfe	229.259 €
Anzeigen im Buch »Fotos für die Pressefreiheit«	67.555 €
Verkauf Buch »Fotos für die Pressefreiheit«	34.360 €
Erstattungen Aufwendungsausgleichsgesetz	14.546 €
Verkauf Online-Shop-Produkte	12.475 €
Periodenfremde Erträge	11.598 €
Einnahmen aus Bußgeldzuweisungen durch Gerichte	10.330 €
Preisgelder	10.000 €
Honorare	7.900 €
Sonstige Einnahmen	3.285 €
Summe	3.400.150 €
Ausgaben	
Personalkosten	1.237.743 €
Unterstützungsfonds für Journalistinnen und Journalisten	276.695 €
Auszahlung an Partnerorganisationen Defending-Voices-Projekt	235.800 €
Raumkosten	174.419 €
Honorare freie Mitarbeit	129.193 €
Wartungskosten für Hard- und Software	59.750 €
Produktions- und Vertriebskosten Buch »Fotos für die Pressefreiheit«	52.032 €
Druck- und Layoutkosten	45.561 €
Reise- und Bewirtungskosten	45.294 €
Buchführungskosten	40.054 €
Porto und Kurierdienstleistungen	32.287 €
Abschreibungen	27.520 €
Telefon und Internet	16.636 €
Softwarelizenzen	16.596 €
Lebenshaltungskosten Stipendiatinnen und Stipendiaten (Berliner Stipendienprogramm)	16.000 €
Werbeanzeigen	15.432 €
Periodenfremde Aufwendungen	14.617 €
Miete Wohnungen Berliner Stipendienprogramm	13.752 €
Nebenkosten des Geldverkehrs	13.680 €
Anschaffung Hardware und Büroausstattung	13.584 €
Sonstige Kosten	13.380 €
Abschluss- und Prüfungskosten	10.231 €
Fortbildungskosten	7.431 €
Bestandsveränderung Online-Shop-Produkte	6.452 €
Versicherungen und Beiträge	5.376 €
Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Solidaritätszuschlag	4.497 €
Produktionskosten Online-Shop-Produkte	3.955 €
Rechtsberatungskosten	3.635 €
Büromaterial	1.833 €
Summe	2.533.434 €
Gewinn/Verlust	866.716 €

Bilanz – Aktiva	
A. Anlagevermögen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Software	6.800 €
II. Sachanlagen	
1. Technische Anlagen und Maschinen	10.263 €
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.512 €
III. Finanzanlagen	
Sonstige Ausleihungen	520 €
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	
Fertige Erzeugnisse und Waren	20.024 €
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.784 €
2. Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen	4.389 €
3. Forderungen aus Zuwendungen und Zuschüssen	6.741 €
4. Sonstige Vermögensgegenstände	30.082 €
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.772.962 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	17.850 €
Summe Aktiva	1.898.928 €

Bilanz – Passiva	
A. Eigenkapital	
I. Vereinskapital	819.710 €
II. Gewinn-/Verlustvortrag	3.498 €
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	866.716 €
B. Rückstellungen	
1. Steuerrückstellungen	2.123 €
2. Sonstige Rückstellungen	88.503 €
C. Verbindlichkeiten	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.718 €
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	24.603 €
3. Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen	66.363 €
4. Sonstige Verbindlichkeiten	20.694 €
Summe Passiva	1.898.928 €

Einnahmen und Ausgaben (in Euro)

■ Einnahmen ■ Ausgaben



Der Jahresabschluss – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 – wurde im April/Mai 2022 von der Martina Schmidt-Wirtschaftsprüfung GmbH geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt.



Reporter ohne Grenzen ist vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) auf den transparenten, sparsamen und vertrauenswürdigen Umgang mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen geprüft worden. Seit 2013 tragen wir das DZI Spenden-Siegel. Das DZI vergibt das Spenden-Siegel jährlich und bestätigt uns damit die satzungsgemäße, sparsame sowie wirksame Mittelverwendung unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften.



Maik Thieme, Leitung
Personal & Verwaltung
© Jule Halsinger

Woher kommt das Geld für unsere Arbeit?

Die Einnahmen des Vereins lagen im Jahr 2021 bei rund 3.400.000 Euro. 52 Prozent davon stammen aus Spenden, 9 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen. Außerdem haben wir 2021 Zahlungen aus Erbschaften und Nachlässen in Höhe von etwa 395.000 Euro erhalten, das entspricht fast 12 Prozent unserer Gesamteinnahmen. Weiterhin erhielten wir Fördermittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (9 Prozent der Gesamteinnahmen) sowie von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (7 Prozent der Gesamteinnahmen). Der RSF-Vorstand hat wie schon in den Vorjahren seinen Beschluss bekräftigt, mit solchen Einnahmen aus Drittmitteln keine Stellen für Kernaufgaben unserer Organisation zu finanzieren. Das sichert die Unabhängigkeit von Reporter ohne Grenzen.

Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Wie kam das?

Die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr um 30 Prozent auf rund 2.533.000 Euro gestiegen. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Zum einen haben wir im Bereich Nothilfe höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Evakuierung von Journalistinnen und Journalisten aus Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban gehabt. Zum anderen sind durch die Schaffung neuer Stellen und die Einführung eines Gehaltsmodells die Personalkosten gestiegen. Weiterhin gab es höhere Ausgaben im Projekt »Defending Voices«, das in der Jahresmitte 2020 begonnen hatte und wegen Verzögerungen aufgrund der Pandemie erst 2021 vollumfänglich zum Tragen kam.

Bei den Einnahmen ist die Steigerung von 66 Prozent auf rund 3.400.000 Euro vor allem durch einen enormen Zuwachs im Spendenbereich zu erklären. Besonders das Schicksal der Medienschaffenden in Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban hat viele Menschen zum Spenden veranlasst. Auch bei den Mitgliedschaften gab es eine Zunahme und damit zusammenhängend höhere Einnahmen.

Wie viel Geld ist 2021 konkret in die Unterstützung von Medienschaffenden geflossen?

Die Ausgaben für unseren Nothilfe-Fonds für die unbürokratische Unterstützung von Medienschaffenden in Notsituationen konnten wir aufgrund des hohen Spendenaufkommens und durch zweckgebundene Spenden für einzelne Stipendien auf rund 277.000 Euro erhöhen. Das sind 11 Prozent unserer Gesamtausgaben. So konnten wir angemessen auf die anhaltend hohe Zahl an Anfragen reagieren.

Was erwartet RSF für 2022?

In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich der Anstieg der Spendeneinnahmen fortgesetzt. Vor allem die Kriegssituation in der Ukraine und die Situation von Medienschaffenden in Russland hat viele Menschen zum Spenden veranlasst. Im März konnten wir einen ungewöhnlich hohen Spendeneingang feststellen. Auch bei der Zahl der Mitgliedschaften konnten wir seit Kriegsbeginn eine Zunahme beobachten. Die mittelfristigen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Pandemie auf das Spendenverhalten sind jedoch noch nicht seriös abzuschätzen. Wir bleiben aber zuversichtlich, dass die Verteidigung der Pressefreiheit weiterhin von vielen Menschen unterstützt wird.

Im September 2021 wurde ein Gehaltsmodell bei Reporter ohne Grenzen eingeführt. Es sieht folgende Gehaltsbandbreiten (Jahresbrutto bei Vollzeit) vor:

- Führungskräfte: von 50.880,00 bis 55.968,00 Euro
- Referentinnen und Referenten: von 40.704,00 bis 45.792,00 Euro
- Assistentinnen und Assistenten: von 27.984,00 bis 32.436,00 Euro
- Werkstudentinnen und -studenten erhalten 11,50 Euro/Std.
- Das Jahresgehalt für die Geschäftsleitung/-führung (zwei Personen) betrug im Jahr 2021 insgesamt brutto 142.464 Euro.

Die einzelnen Gehälter werden aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht. Mitglieder des Vorstands sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten lediglich auf Antrag die Erstattung tatsächlich angefallener Kosten.



© RSF

Dankeschön!

Liebe Freundinnen und Freunde von Reporter ohne Grenzen,

auch im in mehrfacher Hinsicht krisengeschüttelten Jahr 2021 haben wir sehr viel Unterstützung durch Spenderinnen, Mitglieder und Förderer erfahren. Vielen Menschen war es wichtig, ein Zeichen für Pressefreiheit und für kritischen und unabhängigen Journalismus zu setzen, sei es für Journalistinnen und Journalisten in Afghanistan oder angesichts der anhaltenden Pandemiesituation. Die überwältigende Resonanz auf unsere Spendenaufrufe für Journalistinnen und Journalisten in Not zum Jahresende haben wir als sehr erfreuliches Zeichen der Bestätigung unserer Arbeit gelesen.

Viele Unterstützende haben uns darauf hingewiesen, dass sie sich selbst in Deutschland um die Pressefreiheit sorgen. Wir möchten deshalb allen herzlich danken, die uns im vergangenen Jahr so großzügig und kontinuierlich unterstützt haben, gerade da 2021 für Reporter ohne Grenzen ein Jahr mit großen Herausforderungen war. Ob Dauerspende, Einzelspende, Nachlass, Zustiftung oder Fördermitgliedschaft – jeder einzelne Beitrag stellt einen wichtigen Baustein für unsere Arbeit und für unseren Einsatz für Presse- und Informationsfreiheit weltweit dar. Er sichert unsere Unabhängigkeit und ermöglicht uns, unseren Zielsetzungen näherzukommen. Dabei erfreuen sich gemeinschaftliche Möglichkeiten der Unterstützung wie Anlass- oder Geburtstagsspenden zunehmender Beliebtheit. Kommen Sie gerne auf uns zu, wenn Sie hierzu weitere Infos wünschen.

Bleibendes über seinen Nachlass weiterzugeben ist vielen ein wichtiges Anliegen. Neben Angehörigen, Freundinnen und Freunden kann auch Reporter ohne Grenzen im Testament bedacht werden. Dies erlaubt, sich über sein Leben hinaus für Themen einzusetzen, die einem zeitlebens am Herzen lagen und nachhaltige Wirkung zu schaffen. Weitere Informationen rund um die Themen Stiften und Vererben finden Sie auf unserer Website oder auch, wenn Sie uns eine kurze Nachricht an service@reporter-ohne-grenzen.de schreiben.

Wir danken Ihnen, dass Sie uns unseren Einsatz für die Pressefreiheit ermöglichen.

Derzeit (Stand 30. April 2022) zählt RSF 1.567 Vereinsmitglieder und 1656 Fördermitglieder. 2021 begrüßten wir 42 neue Vereinsmitglieder und 386 neue Fördermitglieder.



Daniela Dibelius,
Teamleitung Fundraising
© David Ausserhofer

! DAS AKTUELLE TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE !

(Stand Juni 2022, alle Fotos © RSF)

Geschäftsführung und Verwaltung



Von links nach rechts: Clarissa Kleiner (Teamassistentenz) | Dr. Maik Thieme (Leitung Personal & Verwaltung) | Mirjam Weißkopf (Mitglieder- und Spendenservice) | Christian Mihr (Geschäftsführung) | Sylvia Just (Referentin Finanzen) | Franziska Görner (Referentin der Geschäftsleitung). Nicht im Bild: Mareen Bahl (externe Buchhalterin) | Markus Reimer (Externer Service-Mitarbeiter IT-Betreuung) | Ariane Schneider (Externe Service-Mitarbeiterin Buchhaltung externe Projekte).

Nadja Kockrow (Studentische Mitarbeiterin) | Daniela Dibelius (Teamleitung Fundraising) | Luisa-Charlotte Becker (Referentin Online-Fundraising)

Fundraising



Von links nach rechts: Kristin Bässe (Referentin Öffentlichkeitsarbeit) | Lenja Hansen (FSJ Öffentlichkeitsarbeit) | Raimon Klein (Referent Öffentlichkeitsarbeit) | Jennifer Braunschweig (Referentin Fundraising seit Juni 2022) | Juliane Matthey (Pressereferentin) | Judith Vogel (FSJ Presse) | Birger Schütz (Pressereferent) | Lotte Laloire (Pressereferentin) | Christopher Resch (Pressereferent) | Fabio Niewelt (Assistenz Presse- und Öffentlichkeitsarbeit seit Juni 2022) | Laura Meng (Werkstudent*in Öffentlichkeitsarbeit) | Sylvie Ahrens-Urbaneck (Teamleitung Kommunikation). Nicht im Bild: Ulrike Gruska (Pressereferentin) | Anne Renzenbrink (Pressereferentin)

Kommunikation



Von links nach rechts: Lisa-Maria Kretschmer (Teamleitung Advocacy) | Nube Álvarez (Koordination Defending Voices Program) | Lisa Dittmer (Referentin Advocacy/Internetfreiheit bis Juni 2022) | Mimi Dörp (FSJ Advocacy). Nicht im Bild: Helene Hahn (Referentin Advocacy/Internetfreiheit ab Juni 2022) | Yavuz Narin (Referent Advocacy/Volljurist ab Juni 2022)

Advocacy



Von links nach rechts: Mohammed Chahrour (Referent Nothilfe und Stipendien) | Benjamin Güldenring (Projektleitung Digital Security Lab, Referent Digital Helpdesk) | Tilman Clauß (Projektleiter Berliner Stipendienprogramm) | Elias Krössin (Projektmanager Berliner Stipendienprogramm) | Janik Besendorf (Werkstudent Digital Security Lab) | Daria Dudley (Referentin Nothilfe und Stipendien) | Katja Heinemann (Teamleitung Nothilfe und Stipendien) | Ali Çelikkan (Freier Mitarbeiter Nothilfe Türkei). Nicht im Bild: Lea Bund (Assistenz Nothilfe und Stipendien) | Muhammad Farhan (Freier Mitarbeiter Helpdesk) | Lia Friderichs (Studentische Mitarbeiterin Nothilfe und Stipendien) | Lena Herzog (Studentische Mitarbeiterin Berliner Stipendienprogramm) | Niclas Schwarzlose (Werkstudent Digital Security Lab) | Monawer Ziarmal (Freier Mitarbeiter Nothilfe Afghanistan).

Nothilfe und Stipendien



© Dietmar Gust

Vereinsämter (ehrenamtlich)

Der Vereinsvorstand



Katja Gloger
(geschäftsführender
Vorstand)



Martin Kaul



Gemma Pörzgen



Dr. Michael Rediske
(geschäftsführender
Vorstand)



Matthias Spielkamp

Das Kuratorium

Pinar Atalay | Dr. Thomas Bellut | Peter-Matthias Gaede | Giovanni di Lorenzo | Lorenz Maroldt | Georg Mascolo | Bascha Mika | Jan-Eric Peters | Jörg Quoos | Niddal Salah-Eldin | Patricia Schlesinger | Eva Schulz | Prof. Dr. Karola Wille | Ulrike Winkelmann

Ausgeschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Juni 2021 bis Juni 2022

Wir danken ganz herzlich Dawod Adil | Musa Aziz | Yağmur Ekim Çay | Rebecca Gottl | Rim Ismail | Elin Jansen | Nico Jörg | Louise Kaufmann | Mariya Merkusheva | Josephine Niehoff | Michaela Orizu | Jordi Pascual Frielinghaus | Jila Röthling | Kai Schnier | Katharina Thiele | Hannah Winkler

Kassenprüferinnen

Annette Rogalla | Adelheid Feilcke

| REPORTER OHNE GRENZEN: RECHERCHIEREN, ANKLAGEN, UNTERSTÜTZEN |

Reporter ohne Grenzen dokumentiert Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalistinnen und Journalisten oder deren Mitarbeitende in Gefahr sind. Wir setzen uns für mehr Sicherheit und besseren Schutz von Medienschaffenden vor allem in Krisengebieten ein. Wir kämpfen online wie offline gegen Zensur, gegen den Einsatz und Export von Überwachungstechnik und gegen restriktive Mediengesetze.

Ein globales, dicht geknüpftes Netz für schnelle Information und Intervention entsteht durch 130 Korrespondentinnen und Korrespondenten der internationalen Organisation. Unser Nothilfereferat unterstützt verfolgte Journalistinnen und Journalisten und Medien unter anderem juristisch und finanziell.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Hilfe in den Herkunftsländern der Betroffenen. Wenn es für Medien-

schaffende jedoch lebensgefährlich ist, in der Heimat zu bleiben, bemühen wir uns, ein sicheres Aufnahmeland zu finden.

Seit 1994 ist die deutsche Sektion von Berlin aus aktiv. Der Verein Reporter ohne Grenzen ist Teil der 1985 gegründeten internationalen Organisation Reporters sans frontières mit Hauptsitz in Paris.

Reporter ohne Grenzen finanziert sich in erster Linie aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen sowie durch den Verkauf des jährlichen Fotobuchs.

Die internationale Organisation Reporter ohne Grenzen hat Beraterstatus

- beim Menschenrechtsrat der UN,
- bei der UNESCO,
- beim Europarat.



Reporter ohne Grenzen e.V.

Postfach 304108 | 10756 Berlin
Fon: 030 609 895 33-0
Fax: 030 202 15 10-29
kontakt@reporter-ohne-grenzen.de
www.reporter-ohne-grenzen.de

Spendenkonto

Reporter ohne Grenzen
IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80
BIC: BEVODEBB
Berliner Volksbank

